

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 127

APRIL 1997

DM 1,-

SPD/DGB-Spitzen schüren Nationalismus, Rassismus Sozialdemokratie torpediert Bergarbeiterstreik

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 257-1025

Sechs Tage lang haben 85 000 Steinkohle-Bergarbeiter im März die Arbeit niedergelegt und überall in den Kohlerevieren Westdeutschlands, im Ruhrgebiet und an der Saar, Massendemonstrationen durchgeführt, um gegen die von der Regierung angekündigten drakonischen Betriebsschließungen und Massenentlassungen zu protestieren. Trotz der Wut der Bergarbeiter, die in voller Montur mit Schutzhelm praktisch den Regierungssitz Bonn belagerten, gelang es Hans Berger, dem Chef der Bergarbeitergewerkschaft IGBE, und seinen rechten Kumpanen von der SPD, die Bergarbeiter zu demobilisieren und einen Ausverkaufsdeal mit Kohl und den Kohlebossen durchzudrücken. Nach fast einer Woche kämpferischer Streiks und Protestaktionen wurde den Arbeitern im Endeffekt das gleiche Resultat aufgebürdet, das die Regierung (und die Führung der IGBE) von Anfang an ausgeheckt hatte – die Streichung von zwei Dritteln aller Arbeitsplätze im Bergbau in den nächsten acht Jahren –, mit „Umschulungs“maßnahmen und Abfindungen, um den Deal zu versüßen.

Nur wenige Tage nach dem Ende des Bergarbeiterstreiks kündigte Krupp ein Übernahmeangebot für Thyssen-Stahl an mit dem Ziel, den fünftgrößten Stahlkonzern der Welt zu schaffen, was zu weiteren Tausenden Entlassungen im Ruhrgebiet führen würde. Diese Nachricht provozierte eine Woche von Massenprotesten, 30 000 empörte Stahlarbeiter demonstrierten am 25. März durch Frankfurt/Main, während die Arbeiter in drei Stahlwerken die Arbeit niederlegten. Und wieder griffen die SPD-Führer ein, vor allem Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen – unterstützt von den Führern der IG Metall –, um das Diktat der



Bergarbeiter stürmen Bonn. Nur internationale sozialistische Planwirtschaft kann ihnen eine Perspektive bieten

Bosse durchzudrücken. Die Arbeiter werden zwar immer noch entlassen, aber sie sollen gefälligst den SPD/DGB-Verträgern dankbar sein für deren Grabreden.

Die wütenden Proteste gegen die drohenden Massenentlassungen bei Bergbau und Stahl finden in einer Zeit statt, in der das deutsche Proletariat mit der höchsten Arbeitslosenrate seit den frühen 30er Jahren konfrontiert ist. Auf die gleiche Art und Weise versuchen auch im übrigen Westeuropa – wo die Gesamtzahl aller Arbeitslosen in den Ländern der Europäischen Union heute 18 Millionen beträgt – die kapitalistischen Herrscher, umfassende Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter und auf Sozialleistungen durchzupfeitschen, um damit die Ausbeutungsrate nach oben zu treiben. In den letzten Monaten sind in ganz Europa Hunderttausende von Arbeitern aus Protest gegen die Massenarbeitslosigkeit und gegen Kürzungen im

Fortgesetzt auf Seite 9

**Berlin: Militanter Protest verhindert Nazi-Aufmarsch
Für Arbeitereinheitsfront gegen Nazi-Terror! ... Seite 13**

Cesar Armendariz

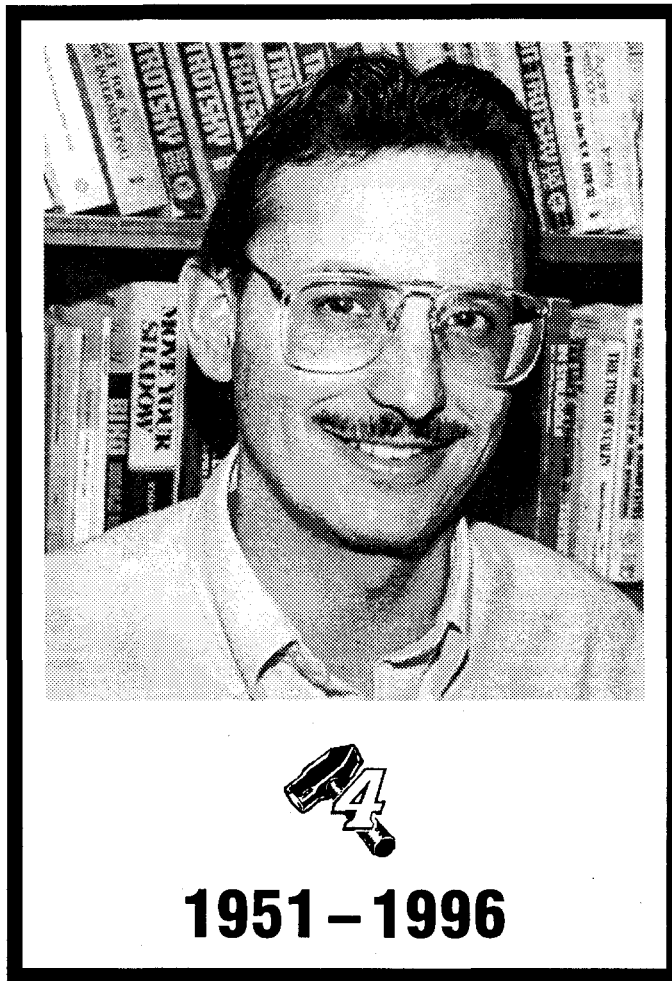
In tiefer Trauer geben wir bekannt, daß unser Genosse Cesar Armendariz im Alter von 45 Jahren gestorben ist. Bei einem tragischen Unfall am 28. Dezember 1996 trug er tödliche Kopfverletzungen davon; er starb am 30. Dezember.

Cesar wählte nie den Weg des geringsten Widerstands. Er wurde in Dallas, Texas, als Kind einer hispanischen Familie geboren und ist in El Paso aufgewachsen. Über die Schranken rassistischer Vorurteile hinweg erkämpfte er sich seine Ausbildung zum Arzt. Cesar erfüllte diesen Beruf – allzuoft ein Sprungbrett für egoistisches Karrierestreben – mit einem Ausmaß an Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen, wie sie nur selten zu finden sind.

Diese Wesenszüge waren charakteristisch für Cesars Entschluß, sein Leben dem Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung und Erniedrigung zu weihen. 1979 wurde er Mitglied der Spartacist League/U.S. Als Arzt arbeitete er eng mit der medizinischen Kommission der SL zusammen, wo er sich mit peinlicher Sorgfalt darum bemühte, Genossen und ihren Angehörigen die beste und humanste medizinische Behandlung zu ermöglichen.

Neben seinen medizinischen Verpflichtungen zeichnete sich Cesar als vielseitiger kommunistischer Aktivist und Organisator aus. Der größte Teil seiner politischen Arbeit spielte sich in der Gegend von Washington D.C. ab, wo er seit mehr als zehn Jahren lebte. Im Verlauf der Kampagne für eine erfolgreiche Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen im Jahre 1988, die eine Kundgebung des Ku Klux Klan in der Innenstadt von Philadelphia verhinderte, spielte Cesar eine Schlüsselrolle dabei, einen Bus voller schwarzer Studenten der Howard University – die sogenannte „Frederick-Douglass-Brigade“, benannt nach dem berühmten schwarzen Kämpfer gegen die Sklaverei – zur Demonstration zu bringen.

Im Frühjahr 1990 meldete sich Cesar freiwillig, um die Funktion des Organisators der Ortsgruppe in Washington D.C. zu übernehmen. Der Jugendarbeit – der Rekrutierung und dem Training zukünftiger Parteikader – maß er immer besondere Bedeutung bei. Unter der Jugend fühlte er sich ebenso zu Hause wie beim Gespräch mit Arbeitern – vom Verkauf des *Workers Vanguard* an die Werftarbeiter von Norfolk, Virginia, bis zur Aufgabe, die Arbeiterbewegung gegen rassistische Unterdrückung zu mobilisieren. Im Juni 1995 spielte Cesar eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung



von Gewerkschaftern für einen Einheitsfrontprotest in Washington D.C. gegen die angedrohte Hinrichtung des schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt.

Cesar widmete sich mit ganzem Herzen der Aufgabe, eine Partei aufzubauen, die in der Lage ist, eine sozialistische Weltrevolution zu führen. 1989/90 ging er nach Berlin, um sich an der Intervention der Internationalen Kommunistischen Liga zu beteiligen, die darauf gerichtet war, der beginnenden politischen Revolution in der DDR eine proletarische revolutionäre Führung zu verleihen. Als er im letzten Herbst seinen Urlaub in Texas verbrachte, nahm er sich die Zeit, unsere Presse in den Maquiladoras zu verteilen – einem wichtigen Zentrum von Industriearbeitern hinter der US-Grenze in Mexiko.

In allen Aspekten seiner vielfältigen Parteiarbeit legte Cesar ein scharfes Verständnis für die Notwendigkeit leninistischer kollektiver Zu-

sammenarbeit an den Tag – stets war er bereit, den Ansichten seiner Genossen zuzuhören. Der Verlust dieses bemerkenswerten Menschen ist eine unermeßliche Tragödie. Unser tiefempfundenes Beileid gilt Cesars Familie, seinem Lebensgefährten Michale und all jenen, die ihm lieb und teuer waren. Cesar Armendariz war ein einzigartiger Genosse, der uns mit seinem grenzenlosen Mitgefühl, seinem ansteckenden Humor, seiner sanften Art und seiner Entschlossenheit tief bewegte. Mit der Fortsetzung unseres Kampfes werden wir sein Andenken bewahren.

Zur Trauerfeier in New York am 1. Februar kamen Genossen aus allen Ortsgruppen der SL/U.S. und einige aus anderen Ländern, Cesars Mutter, sein Bruder Marty und sein Lebensgefährte Michale. Nora Mendis, die Cesar von klein auf gekannt hatte, verlas eines seiner Lieblingsgedichte, „Ode an die Tomate“ von Pablo Neruda. Ihre Schwester Elena rezitierte ein Gedicht, das sie zu seinem Andenken verfaßt hatte, und trug ein Violinstück vor, den „Abschied von Ashokan“. Ein Schaukasten mit Fotos, Büchern und Briefen illustrierte die Vielfalt von Cesars Interessen und Beiträgen: seine Arbeit für die Partei, seine Vorliebe für Nerudas Poesie und für Musik und Katzen, sein ausgeprägtes Interesse an der Geschichte des amerikanischen Bürgerkriegs, seine Reisen durch Europa und nach Mexiko. Die SpAD ehrte Cesar mit einer Kranzniederlegung bei der jährlichen Gedenkveranstaltung für Lenin, Liebknecht und Luxemburg am 12. Januar in Berlin-Friedrichsfelde.

München: 5000 Faschisten marschierten Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt

Der Aufmarsch von 5000 Nazis, die am 3. März unter massivem Polizeischutz stundenlang durch die Innenstadt von München zogen, ist eine gefährliche Bedrohung für alle Minderheiten, Immigranten und die gesamte Arbeiterbewegung. Diese faschistische Provokation war explizit von den höchsten Ebenen der Landesregierung ermöglicht worden. Der Aufmarsch war der Höhepunkt einer Hetzkampagne von CSU und Teilen der CDU gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, die die Rolle der Nazi-Wehrmacht an der Ostfront dokumentiert. Die CSU-Kampagne zielt darauf ab, Hitlers Wehrmacht als Vorläufer der Bundeswehr und damit das Vierte Reich des deutschen Imperialismus reinzuwaschen.

Der Nazi-Aufmarsch glich einem Henckessel, Skinhead-Blocks in SS-ähnlichen Uniformen skandierten: „Wir kriegen euch alle!“ Wiederholt versuchten Nazi-Schläger aus der Demo heraus, antirassistische Jugendliche anzugreifen und Immigranten zu terrorisieren. Daß die Faschisten mehr oder weniger ungestört durch diese proletarische Stadt marschieren konnten, wo es einen beträchtlichen Anteil von Immigranten und anderen Minderheiten gibt, ist eine ernste Niederlage für die gesamte Arbeiterklasse. Die Verantwortung dafür liegt ganz und gar bei den reformistischen Führungen – den SPD- und DGB-Spitzen – und den linken Gruppierungen, die ihnen hinterhertraben.

Die Absicht, die Nazis zu *stoppen*, war offensichtlich vor-



15 000 gegen Nazis; aber nicht dort, wo die Nazi-Provokation startete

handen: Bis zu 15 000 antifaschistische Jugendliche und Arbeiter gingen in München auf die Straße, um zu protestieren. In Berlin, wo die Nazis fünf Busse für München gemietet hatten, weigerten sich vier der Busfahrer, diesen Abschaum zu transportieren. In Halle und in der Nähe von Leipzig griffen mutige antifaschistische Jugendliche Busse an, die voll mit Nazis nach München wollten, und schafften es, ihre Abfahrt zu verhindern.

Aber die reformistischen Irreführer sorgten dafür, daß es nicht zur massenhaften Mobilisierung der Arbeiter kam, die zusammen mit den Immigranten, Frauen, Schwulen und Lesben und all den anderen potentiellen Opfern des faschistischen Terrors die soziale Macht haben, die Nazis zurück in ihre Rattenlöcher zu jagen. Die Bullen hätten es sich dreimal überlegt, auf entschlossene Gewerkschaftskontingente von BMW und Siemens einzuschlagen, die durch politische Streiks die Industrie lahmlegen können. Aber genau diese soziale Macht wurde nicht mobilisiert, so daß Tausende mutige Jugendliche und Linke, die sich den Nazis entgegenstellen wollten, allein gelassen wurden und schutzlos 2000 Bullen gegenüberstanden. Fast 60 Antifaschisten wurden verhaftet. Wir fordern die Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

In München wurden drei getrennte Gegendemonstrationen bzw. -kundgebungen organisiert: von SPD/DGB, von den Grünen zusammen mit verschiedenen Antifa-Gruppen und Linken, und von der Antifaschistischen Aktion München und anderen Autonomen. Aber alle drei waren auf der entgegengesetzten Seite des Stadtkerns – ein bis drei Kilometer entfernt vom Nazi-Aufmarschort. Keine einzige Organisation mobilisierte dafür, die Faschisten am gleichen Ort und zur gleichen Zeit zu *stoppen*, wo diese ihren Aufmarsch starten wollten. Ihr ganzes Konzept bestand darin, durch impotente Proteste Druck auf den bürgerlichen Staat auszuüben, und war damit gegen die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gerichtet.

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion),
Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs,
Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH

Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 127

April 1997

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als Supplement Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 18, beigelegt.

Neue Zeugin bestätigt Komplott gegen Mumia Abu-Jamal

Am 10. März reichten die Anwälte von Mumia Abu-Jamal, politischer Gefangener in der Todeszelle, als Zusatz zu den Berufungsunterlagen, die gegenwärtig dem Gerichtshof des Bundesstaates vorliegen, neue Dokumente ein. Diese liefern weitere Beweise, daß die Polizei und die Anklage Zeugen manipulierten und unter Druck setzten, um Jamal fälschlicherweise zu verurteilen für den Tod des 1981 erschossenen Daniel Faulkner, Polizist in Philadelphia.

Im Mittelpunkt der neuen Beweise steht Pamela Jenkins, früher Informantin der Polizei in Philadelphia und Hauptzeugin der Ermittlungen der US-Bundesregierung im 39. Polizeibezirk, in deren Verlauf kürzlich sechs Bullen verurteilt wurden wegen krasser Korruption einschließlich *abgekarteter Anklagen gegen Hunderte unschuldiger Leute*; 283 Strafverfahren wurden daraufhin eingestellt!

Jenkins, eine frühere Prostituierte und Freundin von Tom Ryan, einem der sechs verurteilten Bullen, trat nun hervor und beschrieb: Er „und weitere Polizisten bedrängten mich und fragten mich, ob ich die Erschießung des Polizisten gesehen hatte ... Als ich ‚nein‘ sagte, bedrängten sie mich weiter ... Für mich war klar, daß [sie] wollten, daß ich einen Meineid leiste und sage, ich hätte gesehen, daß Jamal den Polizisten erschöß.“

Bei einer Pressekonferenz von Mumias Verteidigerteam am 10. März stand Pamela Jenkins Seite an Seite mit Veronica Jones, einer Zeugin der Erschießung 1981, die erst letzten Oktober bei einer Beweisanhörung beschrieb, wie sie von Bullen und Staatsanwälten in Philly gezwungen worden war, bei Mumias Verfahren 1982 zu lügen (siehe *Spartakist* Nr. 126, November/Dezember 1996: „Zeugin für Mumia im Gericht verhaftet“). Die Bullen in Philly und das Büro des Bezirksstaatsanwalts haben konsequent geleugnet, der „Star“zeugin der Anklage Cynthia White irgendwelche Gefallen angeboten oder sie dazu gezwungen zu haben, gegen Jamal auszusagen. Dies hat sich schon als Lüge erwiesen. Pamela Jenkins berichtet, Cynthia White habe ihr gesagt, „daß sie wegen des Jamal-Falls durch einen Polizisten mit dem Tode bedroht worden ist“. Und die neuesten Unterlagen der Verteidigung enthüllen in atemberaubender Weise: „White erhielt eindeutig noch im Jahre 1987 bevorzugte Behandlung, als *ein Detektiv der Mordkommission vor Gericht erschien und den Richter bat, White wegen ihrer Rolle im Fall von Jamal aus dem Gefängnis zu entlassen.*“ Dieses kommt zu dem Berg von Beweisen hinzu, die Mumias Unschuld belegen (siehe dazu die Broschüre des Partisan Defense Committee: *The Frame-Up of Mumia Abu-Jamal* [Die abgekartete falsche Anklage gegen Mumia Abu-Jamal], Juli 1995).

Schon 1979 hatte die US-Bundesregierung Anklage gegen die Stadt Philadelphia, den damaligen Bürgermeister Rizzo und die Polizeiverwaltung erhoben wegen systematischer Brutalität, besonders gegen Schwarze und den spanisch-sprachigen Teil der Bevölkerung. Seit dieser Zeit erschüttert ein Polizeiskandal nach dem anderen die Stadt. Alle Skandale enthüllten das gleiche Bild: ein System der Korruption von Polizei und Staatsanwaltschaft, das Verprü-

geln Verdächtiger, Diebstähle, rassistische Komplote und Mord. Das Muster ist vertraut: Prostituierte und andere, die leicht angreifbar sind für Manipulationen der Polizei, werden für Meineide benutzt, um Verurteilungen sicherzustellen. Es lag eine bittere Ironie darin, daß die Bundesregierung die Stadt Philadelphia wegen Polizeiübergriffen anklagte, da einige der finstersten Polizeimaßnahmen in



Workers Vanguard

Mumia Abu-Jamal

direkter Zusammenarbeit mit dem Justizministerium eingeführt worden waren. Mumia war seit den 60er Jahren, als er der 15jährige Sprecher der Black Panther Party war, eine Zielscheibe des FBI-COINTELPRO-Programms.

Die rechtlichen Fakten sprechen überwältigend für Mumias Freiheit. Aber die Kräfte des Todes – von der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft) in Philadelphia bis zu den rassistischen Politikern, Staatsanwälten und Richtern – führen mit voller Härte ihre Anstrengungen fort, diesen mit Preisen ausgezeichneten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Black Panther zum Schweigen zu bringen und ihn hinrichten zu lassen.

Anfang März entschied der Oberste Gerichtshof Pennsylvanias, daß es Jamals Anwälten nicht erlaubt sei, den Berufungsantrag auch mündlich zu begründen, und entschied außerdem, was sogar noch gefährlicher ist, daß die Anklage zusätzliche Unterlagen gegen Jamal bei Gericht einreichen dürfe, die Verteidigung aber nicht das Recht habe, darauf zu antworten. Diese unheilvollen Entscheidungen unterstreichen, warum wir Marxisten kein Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte setzen. Diejenigen, die für Mumias Freiheit kämpfen, müssen statt dessen auf massenhaften sozialen Protest setzen, konzentriert auf die Macht der Arbeiterklasse. Der andauernde Rachefeldzug des Staates gegen Mumia Abu-Jamal unterstreicht, daß dieses System von Unterdrückung und Ausbeutung nur durch eine sozialistische Revolution hinweggefegt werden kann! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Schließt euch dem Kampf für die Freiheit Mumias an! Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, oder ruft an: (0 30) 4 43 94 01. Überweist *dringend benötigte* Spenden für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“. ■

Chicago: Verteidigt die Antifaschisten!

Der Prozeßtermin für die drei angeklagten Anti-Klan-Demonstranten vor dem Bezirksgericht von Chicago wurde auf den 5. Mai festgesetzt. Weitere Informationen zu diesem Fall im Artikel auf Seite 17.



**Spartakist-
Jugend**

Finstere Geschehnisse an der Humboldt-Universität

Bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament (StuPa) am 4./5. Februar an der Berliner Humboldt-Universität kandidierte ein ominöser „Akademischer Studentenbund“ (AStB), dessen Geschäft in der Verherrlichung von Nazi-Ideologie und Hitlers Mörderbanden besteht. So veröffentlichte dessen Vorsitzender Karl Friedrich Weiland eine Seminararbeit „SS – der schwarze Orden: eine Untersuchung der Entwicklungslinien und Zukunftspläne der SS“ und kündigte sie im Internet an. Kurz vor den StuPa-Wahlen war diese Schrift plötzlich nicht mehr auffindbar. Als Student empört die Herausgabe einer weiteren „Arbeit“ dieses Nazi-Ideologen verlangten, weigerte sich Professor Winkler mit Berufung auf den Datenschutz! Wie die *taz* am 22. Januar berichtete, vertritt Weiland die „Geopolitik“ von Rudolf Kjellén – eine sozialdarwinistische Herrenrasse-Ideologie, die die Grundlage für Hitlers Völkermord war. Unter dem Deckmantel biedermännischer Seriosität verbirgt sich hier die Fratze einer faschistischen Organisation.

Die Faschisten sind paramilitärische Schlägerbanden, ihr Programm ist Völkermord. Weilands braune Propaganda dient dazu, unter den Studenten Kräfte für neue faschistische Greuel zu sammeln und zu organisieren. Niemand sollte vergessen, daß die Nazis vor 1933 an den deutschen Universitäten ihre Mengeles rekrutierten. Heute versuchen die Nazis wieder, national ein Netzwerk an den Universitäten aufzubauen. Diese Nazi-Apologeten sind genauso gefährlich wie die Schlägerbanden. Es ist eine Frage der einfachen Selbstverteidigung aller potentiellen Opfer des faschistischen Terrors, die Nazis zu stoppen. Die Weiland-Faschisten müssen von den Studenten und Arbeitern aus der Uni rausgeschmissen werden! Dafür trat die Spartakist-Jugend ein, die bei den StuPa-Wahlen kandidierte, um Studenten, die gegen Bildungsklau, Rassismus und Naziterror kämpfen wollen, für die Seite der Arbeiterklasse und damit zum Programm der proletarischen Revolution zu gewinnen. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen.

Die rassistische Hetze des Staates und die zunehmenden Nazi-Anschläge auf Immigranten und Linke sind die direkte Konsequenz der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990. Wir Spartakisten haben damals den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution verteidigt und für die proletarisch-politische Revolution im Osten und die soziale Arbeiterrevolution im Westen

gekämpft. Höhepunkt unseres Kampfes für ein rotes Rätedeutschland war die Treptower Demonstration von 250 000 Arbeitern, NVA-Soldaten und Jugendlichen gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Januar 1990. Kurz danach distanzierte sich die SED/PDS von der Treptower Massenkundgebung, die von uns Spartakisten initiiert worden war, und managte den Ausverkauf der DDR an die Imperialisten. Heute muß die Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten und gegen die Faschisten mobilisiert werden, die die Stoßtruppen der herrschenden Klasse sind.

Wir Spartakisten sagen: Über Völkermord kann man nicht diskutieren! Soll man mit dem JN-Führer Storr über ein „ausländerfreies Deutschland“ oder mit Weiland über die „Zukunftspläne der SS“ debattieren? Als am 3. Februar an der Humboldt-Uni auf der sogenannten „Elefantenrunde“ alle Listenkandidaten zur Podiumsdiskussion im Kinosaal geladen wurden, organisierte die Spartakist-Jugend davor einen lautstarken Protest gegen jede „Diskussion“ mit dem Faschisten Weiland. Auf Plakaten wiesen wir auf Weilands Verwirrspiel hin und fragten: „Wo ist Weilands Papier über den ‚SS-Orden‘?“ und „Wer ist K. F. Weiland?“ Während besonders der Referent Innenrat (AStA) davon faselte, man müsse mit Weiland „debattieren“ (der sich letztlich nicht mehr traute, an dem Abend aufzutreten), rief die Spartakist-Jugend die Studenten dazu auf, sich unserem Protest unter den Losungen „Nazis raus aus der Uni!“ und „Stoppt die Nazis durch Arbeiteraktion!“ anzuschließen.

Der RefRat, die Jusos, die Linke Liste, die Uni-Zeitung „Huch“ und das Kollektiv des autonomen Uni-Cafés Krähenfuß hingegen reagierten auf die AStB-Kandidatur mit „Aufklärungsarbeit“, die in der Forderung „Wählt links!“ gipfelte. Doch durch Wahlen wird der faschistische Terror nicht gestoppt. Notwendig sind militante Einheitsfrontaktionen von Gewerkschaften (GEW, ÖTV), Linken, Immigranten, Schwulen/Lesben, Juden, um Weiland und seinen braunen Haufen von der Humboldt-Uni zu vertreiben. Ein Beispiel dafür war die erfolgreiche Aktion gegen die Nazis am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, für die die Spartakist-Jugend auch an der Humboldt-Uni mobilisiert hat (siehe Extrablatt auf Seite 13 dieser Ausgabe). Dort ist es uns gemeinsam mit Autonomen, Jusos, Gewerkschaftern, Studenten, Immigranten und anderen gelungen, das Nazipack der „Jungen Nationaldemokraten“ in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben! ■

Schulungsreihen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

- 24. April** Nieder mit Chauvinismus, Antisemitismus und Rassismus!
Für eine integrierte revolutionäre Arbeiterpartei!
- 6. Mai** Video: „Ganz Unten“ – Dokumentarfilm zum Buch von Günter Wallraff

jeweils 18.00 Uhr, Humboldt-Uni

Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111

Für weitere Informationen: Berlin (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

ABC des Marxismus

- 9. April** Die Oktoberrevolution
- 7. Mai** Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde
- 21. Mai** Der Kampf für eine revolutionäre Partei

jeweils Mittwoch, 18.30 Uhr

Werkstatt 3, Nernstweg 32–34, 1. Stock, Clubraum

Für weitere Informationen: Hamburg (0 40) 32 36 44

Immigration und die rassistische „Festung Europa“

Die Übersetzung des nachstehenden dritten Teils des Artikels, der zuerst in Spartacist (französische Ausgabe) Nr. 29, Sommer 1996, erschienen ist, erfolgte aus der leicht redigierten Fassung in Workers Vanguard Nr. 653 vom 11. Oktober 1996.

Sozialdemokratie:

„Linkes“ Gesicht der rassistischen Reaktion

Die 80er Jahre sahen die Bestrebungen der europäischen Bourgeoisien, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, die nach internationalen Maßstäben unakzeptabel niedrig geworden war. Während das Thatcher-Regime in Britannien einen Frontalangriff gegen den „Sozialstaat“ und die Gewerkschaftsbewegung startete, zeigte sich die arbeiterfeindliche Offensive auf dem westeuropäischen Festland zuerst auf der Ebene der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten stellten einfach weniger junge Arbeiter ein, die neu auf dem Arbeitsmarkt waren, und behaupteten, daß das vorherrschende Niveau der Löhne und staatlich verordneten Lohnnebenkosten es

Teil drei von drei

ihnen unmöglich mache, effektiv mit den Amerikanern und Japanern zu konkurrieren. Massenarbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, ist seit der weltweiten Rezession von 1982/83 ein Hauptmerkmal der Wirtschaft der westeuropäischen Länder.

Besonders Frankreich in den 80er Jahren liefert einen klaren und zwingenden Beweis für die Impotenz des sozialdemokratischen Reformismus angesichts des nationalen und internationalen kapitalistischen Marktes. Das Land hatte einen sozialdemokratischen Präsidenten, François Mitterrand, während die Sozialisten die dominierende und bisweilen einzige Regierungspartei waren. Doch die Arbeitslosenrate war weit höher als in den drei Jahrzehnten zuvor unter den rechten bürgerlichen Regierungen. Die Arbeitslosenrate, die 1981, als Mitterrand in den Elysée-Palast einzog, 6 Prozent betrug, kletterte gegen Ende des Jahrzehnts auf über 10 Prozent und ist in den 90er Jahren weiter gestiegen.

Es ist nicht nur so, daß die Politiker der Labour Party und der „sozialistischen“ Parteien überhaupt nicht die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse schützen, sie sind sogar die Nutznießer der „Austeritätspolitik“ gegen die Arbeiterklasse: Die Bourgeoisie übergibt ihnen die Insignien der Regierungsmacht genau dann, wenn sie den Widerstand gegen ihre Angriffe entschärfen will. Gleichzeitig haben die westeuropäischen Kapitalisten eingewanderte Arbeiter benutzt, um Lohnkosten niedrig zu halten und zu drücken, häufig dadurch, daß sie das Arbeitsrecht und die Arbeitsschutzbestimmungen mißachteten. Viele ausländische, besonders „illegale“ Arbeiter kriegen nur „Schwarz“arbeit und erhalten damit keine Kranken-, Arbeitslosen- oder Rentenversicherung. Mitte der 80er Jahre verkleidete sich Günter Wallraff, ein westdeutscher Journalist mit linken Sympathien, als türkischer „Gastarbeiter“ (namens „Ali“) und erzählte seine

Erfahrungen in dem Buch *Ganz unten*. Bei einem Job wurden Wallraff/Ali und seine „Gastarbeiter“-Kollegen nicht nur dazu gezwungen, regelmäßig zwei Schichten am Tag zu arbeiten, sondern sie mußten auch eine Anlage zur Stahlerzeugung ohne Schutzmaske und Helm von Koksstaub säubern. Seitdem leidet Wallraff unter chronischer Bronchitis.

So ist die steigende Arbeitslosigkeit unter westeuropäischen Jugendlichen einhergegangen mit der brutalen Superausbeutung von dunkelhäutigen eingewanderten Arbeitern. Weil es keine revolutionären, d. h. wirklich kommunistischen Parteien gibt, die in der Lage wären, die Arbeiterklasse im Kampf gegen die verheerenden Folgen des Kapitalismus zu vereinen, haben die Faschisten und andere rechtsextreme Kräfte einen Vorteil aus den sich verschlechternden sozialen und ökonomischen Verhältnissen Westeuropas gezogen. Zum Beispiel organisiert Jörg Haider, dessen Freiheitliche Partei bei den letzten Wahlen in Österreich über 20 Prozent erhielt, Veranstaltungen mit SS-Veteranen, lobt Hitlers „ordentliche Beschäftigungspolitik“ und bezeichnet Nazi-Vernichtungslager wie Auschwitz als „Straflager“. Einer seiner Standardsprüche ist: Es gibt „140 000 arbeitslose Österreicher“ und „180 000 Ausländer“. Ebenso sagte kürzlich ein Kader von Frankreichs Nationaler Front dem amerikanischen Journalisten Mark Hunter: „Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, sind wir erledigt“ (*New York Times Magazine*, 21. April 1996). Auch wenn diese Aussage leider eine zu starke Vereinfachung ist, enthält sie einen wichtigen Kern von Wahrheit.

Es ist in der europäischen Linken üblich, die steigende Flut des immigrantenfeindlichen Rassismus der Demagogie der „extrem“ rechten Gruppen zuzuschreiben. Aber die Faschisten drücken einfach nur auf offene, unverblühte und gewalttätige Weise die *ökonomischen und politischen Interessen* der herrschenden Klassen Europas zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Das europäische Kapital hat jetzt keinen Bedarf an zusätzlichen importierten Arbeitskräften aus Dritte-Welt-Ländern, während Immigrantengenerationen der zweiten Generation als ökonomisch überflüssig gelten und für eine Quelle sozialer Unruhen gehalten werden. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind französische und deutsche Jugendliche, denen chronische Arbeitslosigkeit bevorsteht, dazu bereit, die Art von Jobs anzunehmen, die vor ein paar Jahren nur Araber, Schwarzafrikaner, Türken und Kurden genommen hätten. Außerdem hat die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock dem europäischen, besonders dem deutschen Imperialismus eine wichtige neue Sphäre der Ausbeutung eröffnet. Vor ein paar Jahren jubelte der Sprecher der deutschen Industrie Tyll Necker: „Direkt vor unserer Türschwelle haben wir in Osteuropa zum ersten Mal ein riesiges Reservoir an billigen und hochqualifizierten Arbeitskräften.“ Statt Arbeitskräfte aus der Türkei zu importieren, exportiert die deutsche Industrie Kapital in die Tschechische Republik, nach Ungarn, Polen usw., um die Arbeitskräfte dort auszubeuten.

Wie wir hervorgehoben haben, ist der sozialdemokrati-

Für eine leninistische Partei als Volkstribun!

sche „Sozialstaat“ entstanden und aufrechterhalten worden, weil der Imperialismus in Europa sich die Unterstützung oder zumindest Neutralität seiner Arbeiterklasse im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion sichern mußte. Jetzt jedoch sind die europäischen Bourgeoisien dabei, diese sozialen Zusatzkosten loszuwerden und die Ausbeutungsraten in die Höhe zu treiben bei der scharfen Konkurrenz zu den USA und Japan. Demagogie und Terror gegen Immigranten werden benutzt, um die Arbeiterklasse zu *spalten und abzulenken* vom gemeinsamen Kampf gegen die gegenwärtige kapitalistische Offensive.

Der Hauptteil der Sozialdemokraten hat die liberale Haltung in der Frage der Immigration aufgegeben und versucht, die Rechten mit chauvinistischer Demagogie zu übertreffen. 1981 an die Macht gelangt, griff die französische „Linke“, als sie 1982 mit Streiks von eingewanderten Autoarbeitern konfrontiert war, schnell zu einer Reihe von widerlichen rassistischen Maßnahmen. 1988 erklärte Mitterrand, daß Frankreich bei der Immigration die „Toleranzschwelle“ erreicht habe. In Deutschland taten sich 1993 die SPD und CDU zusammen, um das Recht auf politisches Asyl praktisch zu eliminieren, das in der Nachkriegsverfassung von Westdeutschland gestanden hat. Nur wenige Nächte später „feierten“ Faschisten das mit dem Brandanschlag auf ein Haus von türkischen Familien in Solingen am Rande des Ruhrgebiets und töteten fünf Frauen und Kinder. Der Kampf gegen immigrantenfeindlichen Rassismus muß nicht nur militant gegen die Faschisten geführt werden, sondern auch genauso auf der politischen Ebene gegen die reformistischen Irreführer der Arbeiterbewegung.

In klassischen marxistischen Begriffen bringen die reformistischen Parteien die unmittelbaren Interessen und das bürgerliche Bewußtsein der „Arbeiteraristokratie“ zum Ausdruck – der weißesten und qualifiziertesten Schichten des Proletariats und besonders der Arbeiterbürokratie. Nirgendwo ist dies so deutlich wie bei ihrem Kniefall vor der Hetze gegen Immigranten. Die SPD sieht sich als die Vertretung der Arbeiter von der Mehrheitsgruppe, und bestimmt nicht der türkischen und kurdischen Arbeiter, die noch nicht einmal wählen dürfen. Die bürokratisierten Gewerkschaften in Frankreich waren froh, die Nichtbeteiligung der (zum großen Teil von Immigranten stammenden) Industriearbeiter des „Privatsektors“ als Ausrede benutzen zu können, um die Streikwelle des letzten Winters abzublasen, aber sie haben nie versucht, starke militante Gewerkschaften zu organisieren, um in Industriezweigen wie den privaten Autofirmen die Nichtorganisiertheit oder die Organisierung durch gelbe Gewerkschaften zu durchbrechen.

Für proletarischen Kampf gegen den immigrantenfeindlichen Rassismus!

Die Interessen der Arbeiter und Minderheiten machen gemeinsam Fortschritte oder werden gemeinsam zurückgedrängt. Mitte bis Ende der 50er Jahre hat die CGT bei Renault Billancourt einen großen Teil der Arbeiter im Betrieb organisiert (im Gegensatz zur „Minderheits“vertretung durch die Gewerkschaften heute). Der nackte sozialpatriotische Verrat der Kommunistischen Partei an dem

antikolonialistischen Kampf in Algerien, als die KP für den französischen Imperialismus Seite bezog, während dieser die algerischen Massen blutig unterdrückte, bedeutete einen fürchterlichen Schlag gegen das Klassenbewußtsein und die Sympathien mit dem Kommunismus unter algerischen Arbeitern in Frankreich, zu denen auch die Mehrheit der Arbeiter bei Billancourt gehörte. Die KP bekräftigte noch ihren Verrat, als sie die Türen des *l'Humanité*-Büros verriegelte, so daß niemand hinein konnte, als im Oktober 1961 eine Demonstration für die Unabhängigkeit Algeriens von den Bullen angegriffen und Hunderte getötet wurden.

Eingewanderte Arbeiter in Betrieben wie Talbot, die im Winter 1983/84 bestreikt wurden, waren eine Speerspitze des militanten Klassenkampfes zur Verteidigung der ökonomischen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Aber die Bürokratie hat sie im Stich gelassen. Die spalterischen Auswirkungen dieses Verrats bleiben im Bewußtsein des Proletariats. Zu den Ergebnissen einer „Führung“, die nicht für die Interessen der besonders Unterdrückten kämpfen will, gehören schwache Gewerkschaften, die die Interessen



Frankfurter Rundschau/Darchinger

Streikpostenkette beim ÖTV-Streik 1992. Eingewanderte Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats in Deutschland

keiner ihrer Mitglieder verteidigen, und ein politisches Klima, das von rassistischen Argumenten im Munde der Rechten und auch der „Linken“ dominiert wird.

Die reformistischen Verräter, die immer damit beginnen, daß sie die Grenzen dessen akzeptieren, was der rassistische Kapitalismus als „möglich“ (mit anderen Worten, gewinnbringend) hinstellt, wollen nur allzu gern die Rechten mit chauvinistischen Angriffen auf Minderheiten übertreffen. Hinter ihnen her kriechen viele Gruppen der „sozialistischen“ Linken, die sich – wenn sie nicht offen die rassistischen Codewörter der Bourgeoisie über „Drogen“ und „Verbrechen“ und „Terrorismus“ nachbeten oder die giftigen Appelle der Bürokratie gegen „ausländische“ Arbeiter, die „uns den Arbeitsplatz wegnehmen“ – mit abstrakten „antirassistischen“ Appellen begnügen, für deren wirkliche Durchsetzung sie nichts tun, beispielsweise in den Gewerkschaften, wo sie Einfluß haben. Ihr leerer Moralismus paßt gut zur Heuchelei der großen reformistischen Parteien, die sich umdrehen und Massendemonstrationen „für Toleranz“

Fortgesetzt auf Seite 8

Immigration...

Fortsetzung von Seite 7

organisieren ... nachdem der offizielle rassistische Konsens, an dem sie teilhaben, die faschistischen Terroristen dazu ermutigt hat, ImmigrantInnenwohnheime niederzubrennen und Männer, Frauen und Kinder zu ermorden.

Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem internationalistischen Programm, das das Proletariat braucht, um für seine Macht kämpfen zu können – und selbst, um defensive Kämpfe in der imperialistischen Epoche führen zu können –, und dem Akzeptieren des giftigen Rassismus, der die Arbeiterklasse spaltet und nur den bürgerlichen Herren dient. Die revolutionären Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga treten aktiv für die Rechte der ImmigrantInnen ein und kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle – egal wie sie es geschafft haben, hierher zu kommen. Die französische Sektion der IKL, die Ligue trotskyste, kämpft dafür, massive Arbeiter/ImmigrantInnen-Mobilisierungen zu organisieren, um faschistische Provokationen zu zerschlagen. 1993 haben wir in Paris eine Propagandakampagne geführt, damit die Arbeiterbewegung massenhaft auf die Straße geht, um das 18. Arrondissement (Stadtbezirk) zu verteidigen, über das der Belagerungszustand verhängt worden war: Der rassistische Staat schickte eine Armee von Bullen, um eine Jugendrevolte niederzuschlagen, die ausbrach, nachdem ein junger Afrikaner auf einer Polizeiwache erschossen worden war. LTF-Unterstützer im öffentlichen Dienst riefen während des Streiks im letzten Dezember ihre Gewerkschaften dazu auf, gegen das rassistische Verbot zu kämpfen, wonach keine ImmigrantInnen im staatlichen Sektor beschäftigt werden dürfen.

Nur eine neue, revolutionäre Führung – eine trotzkistische proletarische Partei – kann die Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind und dessen rassistisches System vereinen. Nur eine solche Partei kann die immigrierten Arbeiter und die neue Generation von jugendlichen Aktivisten für die Seite der Arbeiterrevolution gewinnen. Tausende von Jugendlichen in ganz Europa haben versucht, ImmigrantInnen und Jugendliche der zweiten Generation militant zu verteidigen; viele halten sich jetzt für „Anarchisten“, aus lauter

Abscheu vor dem Chauvinismus und der Gleichgültigkeit jener Parteien, die sich „Sozialisten“ oder „Kommunisten“ nennen. Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Unterdrückung ergibt sich direkt aus der Perspektive der *Klassenkollaboration*. Die grundsätzliche Methode der Reformisten ist es, sich um Verbündete in einem Teil ihrer „eigenen“ Bourgeoisie zu bemühen (dieses Jahr versucht die KP in Frankreich einen Block mit der „gegen Maastricht“ eingestellten Bourgeoisie zu bilden) und bestimmt nicht nach Verbündeten unter den besonders unterdrückten Schichten der Werktätigen Ausschau zu halten. Wir proletarischen Revolutionäre sind das Gegenteil: Nicht dumm und korrupt geworden durch die Jagd nach „Freunden“ beim Klassenfeind, wissen wir, wer unsere Freunde sind.

Zwar gibt es bedeutende Unterschiede, was die Lage und die Rolle der Schwarzen in den USA und der nicht-europäischen ImmigrantInnen-Bevölkerung in Westeuropa betrifft, aber der Kampf zur Überwindung rassistischer und ethnischer Trennlinien hat in allen Regionen der kapitalistischen Welt eine strategisch zentrale Bedeutung für die kommunistische Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Wie wir vor mehr als 20 Jahren in „Westeuropas importierte Arbeitskräfte: Ein Schlüssel zur Revolution“ (*Workers Vanguard* Nr. 31, 26. Oktober 1973) schrieben:

„Genauso wie es für das proletarische Bewußtsein in den USA von zentraler Bedeutung ist, die Einheit über alle Unterschiede in der Hautfarbe hinweg zu erreichen, so ist die Integration ausländischer Arbeiter in die Arbeiterbewegung jetzt ein Schlüssel zur Vertiefung des internationalistischen Bewußtseins des französischen und des deutschen Proletariats. Umgekehrt ist eine gegen ausländische Arbeiter gerichtete Politik jetzt die Hauptachse der westeuropäischen Reaktion. Als die französische faschistische ‚Ordre Nouveau‘ (Neue Ordnung) vor kurzem ihre öffentliche Präsenz bekräftigte, tat sie das durch eine Kundgebung für die Vertreibung ausländischer Arbeiter. Der Kampf gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter ist gleichzeitig entscheidend, um das westeuropäische Proletariat für den sozialistischen Internationalismus gewinnen zu können.“ ■

SPARTACIST 4
 NUMMER 18 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 1997 DM 3,-/05 30

Ausgewählte Schriften von James P. Cannon

Der Kampf für eine revolutionäre Partei

Minneapolis, USA, 1934: Arbeiterkordone der Teamster-Gewerkschaft (Fernfahrer) kontrollieren Polizeibullen am Marktplatz. Die amerikanischen Trotzlisten organisierten und führten den erfolgreichen Teamster-Strike.

Fraktionskampf und Parteiführung
 Seite 27

Spartacist (deutsche Ausgabe) Nr. 18

In der soeben erschienenen deutschsprachigen Ausgabe des *Spartacist* werden ausgewählte Schriften von James P. Cannon erstmalig auf deutsch veröffentlicht. Cannon war ein Gründer der amerikanischen Kommunistischen Partei und später der bedeutendste Führer des Trotzismus in den Vereinigten Staaten. Mit dem Schwerpunkt auf Cannons Schriften aus den Fraktionskämpfen der damals trotzkistischen Socialist Workers Party dokumentiert diese Ausgabe des *Spartacist* seinen Kampf für den Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei. Wie es die Einleitung der Ausgabe zusammenfaßt, klafft heute „eine große Lücke zwischen dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand des Proletariats, der Jugendlichen und selbsternannten Linken in aller Welt und den Schriften von Cannon, dem fähigsten leninistischen Praktiker, den die Vereinigten Staaten bisher hervorgebracht haben. Aber für diejenigen unter uns, die für neue Oktoberrevolutionen kämpfen – sowie für eine neue Generation radikaler Jugendlicher und Kämpfer der Arbeiterklasse, die den Weg zur Befreiung der Menschheit suchen –, beleuchten Cannons Schriften und Reden mit kristallener Klarheit nicht nur den bewußten Kampf für eine Avantgardepartei, um der Weltarbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein zu bringen, sondern auch den Kampf, das revolutionäre Programm und Ziel der Avantgarde gegen den Druck der bürgerlichen Ideologie und Gewalt aufrechtzuerhalten.“

DM 3,- zuzüglich Porto (64 Seiten)

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 80

Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

Gesundheitswesen und bei den Renten auf die Straße gegangen. Renault-Arbeiter in Frankreich, Spanien und Belgien haben Kundgebungen abgehalten und ihre Betriebe besetzt, um gegen Schließungen zu protestieren, durch die Tausende von Arbeitsplätzen bedroht sind. In Italien demonstrierten vor kurzem 300 000 Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit.

Siegreiche defensive Streiks von Teilen des Proletariats können umfassendere Arbeiterkämpfe inspirieren. Aber aus sich selbst heraus können solche sektoralen Kämpfe, selbst wenn sie nicht durch die reformistischen Irreführer ausverkauft und abgewürgt werden, die Politik der Bourgeoisie nicht grundlegend ändern. Ob durch Massenarbeitslosigkeit, Inflation oder die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, die Kapitalistenklasse ist entschlossen, die Produktionskosten zu senken und ihre Profitrate zu steigern. Dies zeigt sich besonders deutlich im Fall der deutschen Bergbauindustrie, deren Kohle wegen der großen Fördertiefen auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig ist. Notwendig ist eine Arbeiterrevolution, um das gesamte System der kapitalistischen Ausbeutung wegzufegen. Wir kämpfen für ein rotes Arbeiterdeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Von zentraler Bedeutung hierbei ist die Notwendigkeit, die Arbeiter von den verräterischen SPD-Führern und den prosozialdemokratischen Führern des DGB zu brechen. Der Ausverkauf des Kohlestreiks ist ein anschauliches Beispiel dafür, was Lenins Charakterisierung von Parteien wie der SPD als *bürgerliche Arbeiterparteien* bedeutet. Es war offensichtlich, daß die SPD immer noch die Loyalität eines Großteils der westdeutschen Arbeiterklasse hat. Ebenso kristallklar war, daß sie diese Loyalität dazu ausnutzt, unterwürfigt die Interessen der Kapitalistenklasse zu verteidigen.

Während der Zeit des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg gaben sich die SPD und andere sozialdemokratische Parteien als Beschützer der Arbeiter aus, während sie der Arbeiterklasse das Gift des Antikommunismus einflößten. Diese Parteien handelten die Deals aus, die zu Industriesubventionen und Sozialleistungen führten. Sie waren dazu in der Lage, weil die Bourgeoisie bereit war, einen „Sozialstaat“ aufrechtzuerhalten, beispielsweise mit relativ hohen Löhnen für westdeutsche Arbeiter, um sich damit die Loyalität der Arbeiter für den „demokratischen“ Imperialismus zu erkaufen, Klassenkämpfe gar nicht erst aufkommen zu lassen und das Gespenst des „Kommunismus“ abzuwehren. Jetzt, nach der Zerstörung der Sowjetunion und des deformierten Arbeiterstaats DDR, gehen die imperialistischen Bourgeoisien daran, den „Sozialstaat“ abzubauen. Ein streikender Bergarbeiter brachte es auf den Punkt: „Seit die Mauer gefallen ist, muß die Marktwirtschaft nicht länger zeigen, daß sie eine soziale Seite hat.“ Zur gleichen Zeit kann die Bourgeoisie angesichts des Wiederauflebens der imperialistischen Rivalitäten ihre Profitrate nur dadurch aufrechterhalten, daß sie den Lebensstandard der Arbeiterklasse massiv angreift. Heute treten SPD & Co. offen als Vollstrecker der Kampagne der Bourgeoisie zur Steigerung der Profite auf.

Besonders die Sozialdemokraten und exstalinistische

reformistische Parteien wie die PDS, die Kommunistische Partei Frankreichs und Rifondazione Comunista in Italien agieren als Handlanger der Kapitalisten und versuchen, die Einheit der Arbeiterklasse zu zerstören, indem sie protektionistischen Chauvinismus und Rassismus gegen Immigranten schüren. Selbst als Bergarbeiter mit deutschem Familienhintergrund im Ruhrgebiet Seite an Seite mit ihren Kollegen türkischer und kurdischer Herkunft standen – von denen viele schon lange Jahre in den Zechen arbeiten –, erklärte SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping im Fernsehen: „Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre



B. Bisson/Sygm

Massendemonstration in Brüssel: Von Belgien bis Spanien streikten Renault-Arbeiter gegen Kahlschlagangriffe der Kapitalisten

türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?“ Und in Berlin organisierten die Chefs der Gewerkschaft IG Bau eine Woche lang Demonstrationen, deren Ziel es war, „illegale ausländische Arbeiter“ hinauszuschmeißen. Damit öffnen die rassistischen SPD-Führer den Faschisten Tür und Tor, die versuchen, die Verzweiflung wegen der immer höher steigenden Arbeitslosigkeit mit ihrem Pogrom-Aufruf „Arbeit zuerst für Deutsche“ auszuschlachten.

Jetzt ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse und die Unterdrückten sich gegen die Angriffe der Bosse *zusammenschließen*. Das bedeutet, die SPD zu *spalten*, ihre Arbeiterbasis von den prokapitalistischen Irreführern wegzubrechen und proletarische Klasseneinheit auf der Basis eines internationalistischen revolutionären Programms zu schmieden. Die SpAD hat sich verpflichtet, subjektiv linke Studenten, Arbeiter und Jugendliche für diese politische Perspektive zu gewinnen als Teil des Kampfes für eine leninistische Avantgardepartei. Eine solche Partei ist das entscheidende Werkzeug, mit dem der Kampf für die proletarische Staatsmacht geführt wird.

Explosion im Ruhrgebiet

Nachdem Kohl am 7. März die Kürzung der Subventionen für den Bergbau angekündigt hatte, begannen wütende Bergarbeiter mit Blockaden von Autobahnen und Regierungsgebäuden sowie mit Streiks und Betriebsbesetzungen von Zechen im ganzen Ruhrgebiet und im Saarland. Im Duisburger Hafen wurde eine Schleuse besetzt, um zu verhindern, daß Schiffe mit Import-Kohle durchkommen. Auto- und Motorradkonvois von Bergarbeitern

Fortgesetzt auf Seite 10

Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 9

trafen sich in Bonn. Streikende ketteten sich an den Eingängen zu den Bonner Büros der FDP an, die am entschiedensten auf einer Abschaffung der Subventionen bestanden hatte. Am nächsten Tag, dem 11. März, marschierten rund 20 000 Bergarbeiter, viele in Overall und mit Schutzhelm, in Richtung Parlamentsgebäude. Hunderte zogen sich bis auf die Unterwäsche aus und riefen: „Wollt ihr unser letztes Hemd?“ Als einige versuchten, die Polizeibarrikaden an der Bannmeile ums Parlament zu durchbrechen, innerhalb derer Demonstrationen verboten sind, erschienen Lafontaine und Scharping, um die Demonstranten zu beruhigen. Ein Verkaufs- und Reporterteam der SpAD beschrieb die Szene:

„Die Kundgebung soll gerade anfangen; plötzlich erscheint SPD-Chef Oskar Lafontaine in einer Gruppe auf dem Weg zur Bühne. Ein türkischer Bergarbeiter klettert auf eine Mauer und ruft: ‚Oskar! Oskar!‘ und winkt, um seine Aufmerksamkeit zu erregen. Aber später, als Scharping sich in seiner Rede an die ‚deutschen Bürger‘ wendet und vom ‚deutschen Volk‘ spricht, versteuern sich die Gesichter dieser Arbeiter und sie schauen zu Boden.

Die SPD hat ihre Parlamentsfraktion zur Kundgebung der IGBE mobilisiert, um dem belagerten Gewerkschaftsführer Berger Rückendeckung zu geben. Berger wird mit einem Pfeifkonzert und Rufen von ‚Judas!‘ begrüßt, als er den Bergarbeitern sagt, sie sollten Bonn verlassen, damit Kohl verhandelt. ‚Wir bleiben hier!‘, rufen die Bergarbeiter. Aber Scharping und Lafontaine bekommen großen Applaus und die Bergarbeiter skandieren: ‚Kohl muß weg!‘ Lafontaine und Berger loben die Bullen, die angeblich ‚unsere Kollegen‘ sind. Und zum Schluß machen die Bergarbeiter das, was Rudi und Oskar sagen: Sie gehen zurück zu ihren Bussen und fahren zurück zu den Zechen des Ruhrgebiets.“

Als Gegenleistung dafür, daß die Bergarbeiter dazu gebracht worden sind, das Stadtzentrum Bonns zu räumen, stimmt die Regierung Gesprächen mit Berger zu. In anderen Städten gibt es weitere Demonstrationen, und unsere Genossen berichten am Donnerstag aus Duisburg:

„Zweitausend Bergarbeiter und ihre Familien, eine sehr integrierte Menge mit Frauen und Kindern im Teenager-Alter, versammeln sich vor den Fernsehbildschirmen am Haupttor der Zeche Walsum am Rande von Duisburg, um die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Regierung, den Bergwerksbesitzern und der IGBE zu hören. Die Stimmung bei den Bergarbeitern ist angespannt und erwartungsvoll; es ist schwierig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, noch schwieriger, ihnen die Zeitung zu verkaufen. Nachdem die Regierung stolz ihren ‚Kompromiß‘ verkündet hat, schalten die Kameras nach Köln, um die Reaktionen der wartenden saarländischen Bergarbeiter einzufangen. Ein Bergarbeiter sagt in die Kamera: ‚Berger sollte zurücktreten‘, und in Duisburg gibt es jubelnde Zustimmung. Zum ersten Mal in den letzten drei Tagen fangen die Bergarbeiter an, zu uns zu kommen, um die Zeitung zu kaufen – nicht in Scharen, sondern einzeln oder zu zweit, und bis sich die Menge auflöst, haben wir alle Hände voll zu tun.“

Kämpft gegen immigrantenfeindlichen Rassismus!

Trotz der rechten SPD-Typen an der Spitze der Bergarbeitergewerkschaft und der offenen Versuche von Scharping und anderen, chauvinistischen Haß zu schüren, wiesen viele Bergarbeiter solche spalterischen Appelle zurück. Einer von ihnen sagte einem Reporter der *Financial Times*

(10. März): „Hier stehen wir zusammen. Es zählt nur, daß du ein Bergarbeiter bist. Ob du Ali oder Fritz heißt, spielt keine Rolle.“

Wie sich jedoch bei den Berliner Bauarbeiterprotesten in der gleichen Woche gezeigt hat, sind Teile der Arbeiterklasse, an die Wand gedrückt durch die Furcht vor Arbeitslosigkeit, solch rassistischem Müll auf den Leim gegangen. Ein Drittel aller Bauarbeiter ist heute arbeitslos. Dies griff die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer auf, um eine Art Spezialpolizei für Razzien auf Bauplätzen zu fordern, damit Bauarbeiter aus anderen Ländern ohne Arbeitsgenehmigung festgenommen werden können. Dies haut in die gleiche Kerbe wie die Forderung des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel nach rassistischen Quoten für Immigranten, „um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten“. Die Berliner Demonstrationen wurden von der IG Bau mit dem grotesken Ziel organisiert, eine „unüberwindbare Mauer von Bauarbeitern gegen Portugiesen, Polen und Russen zu errichten, die arbeiten wollen“. Kein Wunder, daß offene Faschisten ihre rassistischen Traktate unbehindert verteilen konnten.

Dies ist eine tödliche Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung. Wohin dies führt, zeigte sich mit brutaler Klarheit am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, wo die Hitler-Anhänger der „Jungen Nationaldemokraten“ mit ihrer Losung „Arbeit zuerst für Deutsche“ eine mörderische rassistische Provokation durchführen wollten. Aber diese Provokation der Nazi-Skinheads wurde durch eine Einheitsfront Hunderter antifaschistischer Demonstranten unter der Führung der SpAD kurzerhand gestoppt. Für diesen Sieg über die Faschisten war es notwendig, einen politischen Kampf gegen die demobilisierenden „gewaltfreien, legalen“ Bemühungen der PDS zu führen, die Vertrauen in die rassistischen Kräfte des bürgerlichen Staates predigte. Die SpAD hat das *Spartakist*-Extrablatt, in dem die politischen Lehren des antifaschistischen Sieges von Hellersdorf dargelegt werden, an Bergarbeiter, Stahlarbeiter und bei anderen Arbeiterprotesten verteilt.

Die Faschisten wurden ermutigt durch die kapitalistische Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört und zum Anschluß an das wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus geführt hat. Zur gleichen Zeit haben Verzweiflung und Massenarbeitslosigkeit, hervorgegangen aus der Zerstörung der ostdeutschen Industrie, einen fruchtbaren Boden für das Anwachsen der Nazis geschaffen. Wir haben damals davor gewarnt, daß die kapitalistische Wiedervereinigung die Versuche der Bourgeoisie erleichtern würde, einen Teil der Arbeiter gegen den anderen aufzuwiegen.

Im Augenblick beschränken sich die Faschisten noch hauptsächlich auf mörderische Angriffe auf Immigranten und Linke. Aber das letztendliche Ziel dieser Sturmtruppen der kapitalistischen Reaktion ist die Auslöschung der gesamten organisierten Arbeiterbewegung. So wie in den 30er Jahren wird der Faschismus das letzte Mittel für die Bourgeoisie sein, wenn sie sich durch eine proletarische Herausforderung in ihrer Herrschaft bedroht fühlt. Wenn die Kapitalisten heute keine Notwendigkeit sehen, den Faschisten freie Hand zu lassen, damit diese ihr völkermörderisches Programm umsetzen, liegt es nur daran, daß die Sozialdemokraten die Aufgabe erfüllen, das Proletariat ruhig zu halten.

Wir treten für ein revolutionäres Programm ein, das die sektoralistischen und rassistischen Spaltungen dadurch überwindet und bekämpft, daß es die gemeinsamen Klasseninteressen des gesamten Proletariats anspricht. Bonns Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) 1993, für das auch die SPD eintritt, wird dazu benutzt, einen Keil nicht nur zwischen eingewanderte und deutsche Arbeiter zu treiben, son-

dem ebenso zwischen türkische und kurdische Arbeiter.

Jetzt haben CDU und SPD mit dem Zwang zum Kindererziehungsgeld für 800 000 Kinder von eingewanderten Arbeitern direkt diesen bedeutenden und schlagkräftigen Teil des Proletariats in Deutschland angegriffen. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeiterbewegung gegen immigrantenfeindlichen Rassismus kämpft, was einen politischen Kampf gegen die SPD/DGB-Spitze bedeutet. Wir fordern: „Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Weg mit dem Kindererziehungsgeld!“ Besonders wo die deutsche Bourgeoisie mit der Abschiebung von mehr als 300 000 Flüchtlingen vom Balkan anfängt, der größten Massenabschiebung seit dem Dritten Reich, ist es lebenswichtig zu fordern: „Stoppt die Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“

Angesichts des mörderischen Nazi-Terrors ist es dringend erforderlich, Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen zu organisieren, um Immigranten-Wohngebiete und Flüchtlingsheime zu schützen. Die Arbeiterbewegung muß superausgebeutete Arbeiter organisieren und Arbeitsplätze und Tariflöhne für alle fordern. Der kapitalistische Anschluß hat eine vielschichtige Aufsplitterung in der Arbeiterschaft hervorgebracht, in der ältere Arbeiter auf dem „alten“ Niveau bezahlt und jüngere, oftmals ostdeutsche Arbeiter, zu niedrigeren Löhnen eingestellt werden. Und die immer weiter ansteigende Arbeitslosigkeit trifft Immigranten, Frauen und Jugendliche besonders hart. Die Gewerkschaften müssen besondere Maßnahmen fordern, um diese Sektoren in die Arbeiterschaft einzugliedern, einschließlich kostenloser Kinderbetreuung rund um die Uhr, und sie müssen die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erheben. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es nötig, für eine kürzere Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich zu kämpfen und zu fordern, daß die Löhne an die Inflation gekoppelt werden – für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Im *Übergangsprogramm*, dem Gründungsprogramm der Vierten Internationale von 1938, erklärte der bolschewistische Führer Leo Trotzki:

„Man muß den Massen im Prozeß des täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden. Diese Brücke sollte aus einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, das von den jetzigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein weiter Schichten der Arbeiterklasse ausgeht und unausweichlich zu ein und derselben Schlußfolgerung führt: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“

Hierfür ist vor allem die Schmiedung einer bolschewistischen Partei nötig, die als Volkstribun handelt, um das Proletariat zur Macht zu führen.

Für eine leninistische Avantgardepartei!

Mit dem Ausverkauf der Bergarbeiter und der Stahlarbeiter versucht die SPD, sich einen Platz in der Regierung zu ergattern, da Kohl in seiner letzten Amtsperiode zu sein scheint und im nächsten Jahr Bundestagswahlen anstehen. Die verschiedenen opportunistischen Gruppen, die sich ab und zu als „revolutionär“ ausgeben, haben sich der Forderung „Weg mit Kohl“ angeschlossen – d. h. für einen SPD-Kanzler. Sie laufen den rassistischen, prokapitalistischen, sozialdemokratischen Führern hinterher; dies ist nur ein Ausdruck der Rolle, in der sie sich selbst sehen, nämlich daß sie als die militantesten Verteidiger des alten Status quo an die SPD appellieren, für die Verteidigung des „Sozialstaats“ zu „kämpfen“, den diese schon längst aufgegeben hat. Keine einzige dieser „linksradikalen“ Gruppen hat eine Perspektive für den proletarischen Kampf um die Staatsmacht anzubieten.

Ein typisches Beispiel sind die Mandel-Anhänger vom Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB). In einem Flug-

blatt vom 24. März, das sich an die Stahlarbeiter richtet, stimmt auch der RSB in den Chor „Weg mit Kohl“ ein und appelliert an die SPD-Landespolitiker; seine Maximalforderung ist die Enteignung von Krupp und Thyssen auf der Basis ... der bürgerlichen Verfassung Nordrhein-Westfalens von 1950! Die Vorstellung, daß eine SPD-Regierung die Bourgeoisie Schritt für Schritt „enteignen“ könne oder würde – ausgerechnet auf dem Boden der Verfassung der Bourgeoisie –, ist klassisch reformistischer Blödsinn. Der bürgerliche Staat existiert, um die Interessen der Kapitalistenklasse zu verteidigen, welche die Produktionsmittel besitzt und kontrolliert. Es ist offensichtlich utopisch und gefährlich, derartiges von den Sozialdemokraten zu erwarten, die die Agenten des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterbewegung sind und die die Führung darin übernehmen, den Arbeitern den kapitalistischen Kahlschlag reinzuwürgen.

Eine Spur linker gibt sich die Gruppe Arbeitermacht, (verbunden mit den britischen Zentristen von Workers Power), die in einem an die Stahlarbeiter gerichteten Flugblatt die Notwendigkeit für eine Arbeiterregierung propagiert, die durch die Zerschlagung der „unterdrückerischen Staatsmaschinerie“ aufgebaut werde und deren Ziel die Einführung einer „sozialistischen Planung der Produktion“ sein müsse. Aber diese wohlgesetzten Worte sind nur schmückendes Beiwerk für das wirkliche Programm von Arbeitermacht, die, wie auch der RSB, die Stahlarbeiter auffordert: „Verlangt, daß die SPD diesen Kampf gegen die Kapitalisten und für ihre Enteignung unterstützt.“ Diese Forderung, behauptet Arbeitermacht, werde „zeigen“, was die wahren Absichten der SPD sind. Tatsächlich zeigt dies nur, daß Zentrismus kristallisierte Konfusion ist. Weit davon entfernt, die SPD zu entlarven, schürt Arbeitermacht Illusionen in diese Klassenverräter. Die SPD machte ihre Absichten zu Beginn des Ersten Weltkrieges klar, als sie mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten für das Reich ins Lager der Bourgeoisie übergang. 1919 ernannte sie sich selbst zum konterrevolutionären „Bluthund“ der Bourgeoisie, indem sie den Spartakusaufstand unterdrückte und die Fäden für die Ermordung der revolutionären Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zog. Wie bei ihren britischen Gesinnungsgenossen, die immer dazu aufrufen, die erbärmliche proimperialistische Labour Party zu wählen, ist die Grundlinie der Politik von Arbeitermacht ihre unerschütterliche Unterstützung für die Sozialdemokratie.

Eine wirkliche Arbeiterregierung – eine Diktatur des Proletariats –, die die Krupps und Thyssens, die Bourgeoisie von Auschwitz, enteignet, kann nur das Ergebnis einer tiefgreifenden sozialistischen Revolution sein. Um die Partei zu schmieden, die dafür notwendig ist, die Arbeiter zur sozialistischen Revolution zu führen, ist vor allem ein politischer Kampf nötig, um die Arbeiterklasse von allen Illusionen in die Sozialdemokraten der SPD und der PDS zu brechen. Zuallererst beinhaltet dies einen politischen Kampf gegen die Zentristen, die ihr Hinterherkriechen hinter der Sozialdemokratie mit revolutionären Phrasen verhüllen. Gerade durch polemischen Kampf gegen die vorgeblichen Marxisten und durch die Intervention in den Klassenkampf wird das revolutionär-internationalistische Programm getestet, das unsere machtvollste Waffe ist. Die Partei muß durch Klassenkampf zeigen, daß das Proletariat, wenn es mehr sein will als Rohmaterial für kapitalistische Ausbeutung und Kanonenfutter für einen weiteren imperialistischen Krieg, den nationalen Rahmen des gewerkschaftlichen Ökonomismus und Chauvinismus überwinden und die politische Zwangsjacke des sozialdemokratischen Reformismus abschütteln muß. Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen! Für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse über alle Grenzen hinweg im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!■

München...

Fortsetzung von Seite 3

Zur Kundgebung vor der Münchner Universität riefen auch der vorgeblich trotzkistische Revolutionäre Sozialistische Bund (RSB) und die Linksruck-Jusos auf. Beide trugen dazu bei, daß die Kundgebung im Rahmen einer rot-grünen Wahlveranstaltung blieb. Als die Demo bei den Polizeisperren zur Innenstadt anlangte, wurde sie von den Organisatoren aufgelöst und die Teilnehmer wurden aufgerufen, einzeln zum Marienplatz vor das Rathaus zu gehen, wo die Nazis ihre Abschlußkundgebung geplant hatten. Nick Brauns vom RSB trat als Redner für das „Bündnis gegen Rassismus“ auf und erinnerte die „sehr geehrten Damen und Herren der Polizei“ daran, daß ein Bulle von einem Nazi erschossen worden war. Als *Spartakist*-Verkäufer den RSB-Block damit konfrontierten, daß ihr Genosse vom Mikro aus direkt an den Staat appelliert hatte, fiel ihnen nichts anderes ein als sich zu beschweren, daß wir den RSB immer nur kritisieren! Kein Wunder, daß die neueste Ausgabe der RSB-Zeitung *Avanti* kein Sterbenswörtchen über die Ereignisse in München verliert.

Das Debakel in München stand im scharfen Kontrast zur erfolgreichen Verhinderung des Nazi/Skinhead-Aufmarschs in Berlin-Hellersdorf. Dort stellten die Spartakisten die revolutionäre Führung, die entscheidend dafür war, um Hunderte Militante zu organisieren, die die Faschisten stoppen wollten. Dazu war unser scharfer politischer Kampf gegen die Volksfrontdemonstration der PDS notwendig, die ein Ablenkungsmanöver war. Viele Demonstranten in München griffen nach den *Spartakist*-Extrablättern (siehe Seite 13) über den Berliner Erfolg. Sogar *Der Spiegel* (24. Februar) machte die Bedeutung des Sieges über die Faschisten in Hellersdorf klar: „Diese Niederlage sowie Fernsehbilder und Pressefotos von angstschlotternden Skinheads wurden in der rechten Szene als schwere Schmach gewertet.“

Der RSB dagegen entschied sich in München für die „Einheit“ mit der Politik der Grünen und der reformistischen Führungen – und das Ergebnis davon war, daß die Nazis marschierten. Sie verhindern damit in Wirklichkeit die notwendige *Aktionseinheit* gegen die Nazis. Die Faschisten, die die paramilitärischen Stoßtrupps der Bourgeoisie sind und auf Grundlage der kapitalistischen Krise gedeihen, können nur durch eine unabhängige proletarische Strategie zerschlagen werden.

Die mörderischen Konsequenzen des Münchner Aufmarschs waren kurz darauf in Detmold zu sehen, wo am helllichten Tage eine Bande von Faschisten in Bundeswehr-Uniform Immigranten verfolgte und zusammenschlug. Die Nazis sehen sich gestärkt und wittern ihre Chance, von der Massenarbeitslosigkeit und staatlichem Rassismus zu profitieren. Und jetzt wird von CDU/CSU-„Sozial“politikern eine weitere Verschärfung der „Einwanderungsquoten“ für Juden aus der Ex-Sowjetunion gefordert, die nach der kapi-

talistischen Wiedervereinigung 1990 eingeführt wurden. Der Mord an 6 Millionen Juden im Nazi-Holocaust machte Deutschland fast „judenfrei“. Genau diesen Status wollen jene Herren verteidigen. Wie immer dienen Rassismus und Antisemitismus den Kapitalisten dazu, einen Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit zu erfinden. Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!

Trotzdem verbreiten jetzt die meisten linken Zeitungen die Lüge, München wäre ein Erfolg für die Antifaschisten gewesen. So verkündet die ISO-Zeitung *Linke Offensive* (März 1997) als Überschrift „München: Massenproteste stoppen Nazi-Aufmarsch!“ Dabei gibt die ISO gleichzeitig im ersten Satz zu, daß „einer der größten Nazi-Aufmärsche der Geschichte“ stattgefunden hat. Wie sie diese Schizophrenie wohl ihren Lesern erklären? Und die *SOZ* (6. März) bringt die Schlagzeile „Zehntausend verhindern Nazikundgebung“, ohne den Nazimarsch überhaupt zu erwähnen. Sie alle feiern es als Erfolg, daß die Faschisten nicht auf den Marienplatz konnten. Laut *SOZ* „sah die Polizei ein, daß es ohne Straßenschlacht kein Durchkommen geben würde“. Münchens schönster Platz wurde verschont, das Ansehen bewahrt – diese Leute scheren sich einen Dreck darum, den Nazis das mörderische Handwerk zu legen, die



dpa

Nazis marschieren für Völkermord. Stoppt die Faschisten durch Arbeitereinheitsfront!

Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime und die Morde an Linken zu stoppen. Ihre ganze Politik besteht darin, durch liberale Proteste Druck auf den Staat und seine Polizei auszuüben, der in Wirklichkeit die Faschisten schützt.

Während die Faschisten heute immer noch relativ klein sind, sind sie doch gestärkt durch die kapitalistische Konterrevolution in der DDR 1990 und die verschärften Angriffe des Vierten Reichs auf Immigranten. Auch ist die symbolische Bedeutung dieses Aufmarschs in München allen klar: Dort hatte Hitler 1923 seinen gescheiterten Putsch inszeniert. Doch erst vor zwei Jahren fand in Bayern der Streik von 30 000 Metallarbeitern statt. Es ist dringend notwendig, diese Macht zu mobilisieren und Arbeiterverteidigungsgruppen zu bilden, um die Faschisten in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* (1938) hervorhob:

„Nur bewaffnete Arbeitertrupps, die die Unterstützung von vielen Millionen Arbeitern hinter sich fühlen, können erfolgreich gegen die faschistischen Banden bestehen. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik – und endet auf der Straße.“

Die SpAD kämpft für *Einheitsfrontaktionen*, basierend auf der *Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterbewegung*, um die Nazis zu zerschlagen, die jetzt wieder drohen, am 1. Mai in Leipzig und Berlin aufzumarschieren. Letztlich wird nur die sozialistische Revolution ein für alle Mal mit den braunen Terrorbanden Schluß machen können. ■

Veranstaltung der Spartakist-Jugend

Hamburg

Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

1. Stock, Seminarraum

S-Bahn Altona

Mittwoch, 23. April, 18.30 Uhr

Weitere Informationen: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

26. Februar 1997

EXTRABLATT

DM 0,20

Polizei greift Linke an, schützt Faschisten

Berlin: Militanter Protest verhindert Nazi-Aufmarsch

26. Februar – Die Nazis der „Jungen Nationaldemokraten“ wurden ermutigt durch die Angriffe der Bonner Regierung auf Einwanderer, durch die Massenabschiebungen von Flüchtlingen und durch die Arbeitslosigkeit, die den höchsten Stand seit Hitlers Machtergreifung von 1933 erreicht hat: Sie verkündeten, daß sie am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf unter der rassistischen Hetzparole „Arbeit zuerst für Deutsche“ aufmarschieren würden. Wiederholt ist Hellersdorf die Zielscheibe der Faschisten gewesen, wo sie Einwanderer terrorisiert haben; dort haben sie sogar eine arabische Frau ungestraft ermorden können. Aber nicht an diesem Samstagnachmittag, trotz eines massiven Polizeiaufgebots, das den braunen Naziabschaum beschützte.

Denn etwa 2000 antifaschistische Kämpfer – Linke, Gewerkschafter, Einwanderer, jüdische Studenten und andere – trotzten couragiert einem brutalen Polizeiangriff und trieben das Nazipack energisch in seine Rattenlöcher zurück. Erst spät am Abend wagten Nazis wieder einen ihrer feigen Überfälle auf sechs Jugendliche, von denen zwei ins Krankenhaus mußten.

In den Fernsehnachrichten vom Abend des 15. Februar konnte man sehen, was tagsüber in Berlin passiert war: Es gab keinen Naziaufmarsch im Stechschritt und keine niedergebrannten Immigrantenzwohneime. Statt dessen sah man Skinheads, die vor laufenden Fernsehkameras unter schwerem Polizeischutz auf dem Fußboden eines U-Bahn-Waggons kauerten, sowie Mächtegern-Führer, die in die Grünen Minnas der Polizei flüchteten, gejagt von einem antifaschistischen Kontingent unter den lautstarken Rufen „Nazis raus!“. Vorneweg bei der entschlossenen antifaschistischen Mobilisierung das rote Banner der Spartakist-Arbeiterpartei mit unseren Forderungen: „Stopp die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion! Volle Staatsbür-



Christian v. Polentz

15. Februar: Antifaschistische Demonstranten in Berlin auf dem Bahnsteig konfrontieren die Nazis, die in einem U-Bahn-Waggon hinter Polizeischutz kauern

gerrechte für eingewanderte Arbeiter und Familien!“

Zum Schluß der Einheitsfrontaktion, die die Naziprovokation gestoppt hatte, erklärte die Sprecherin der Spartakisten Renate Dahlhaus vor Hunderten antirassistischer Demonstranten: „Berlin ist eine Stadt der Arbeiter und Linken, eine Stadt der Juden, eine Stadt der Türken, eine Stadt der Kurden. Das ist unsere Stadt, und wir lassen nicht zu, daß die Nazis hier marschieren!“ Eine Presseerklärung der SpAD vom gleichen Nachmittag berichtete:

„Unter massivem Schutz des Staates wollten die Nazis aus ihren Rattenlöchern kriechen, um zu ihrem Programm der Brandanschläge, des Mordes und Völkermordes zu rekrutieren. Aber sie sind nicht durchgekommen! Die entschlossenen Aktionen der antifaschistischen Kämpfer waren ein angemessenes Gedenken an Frank Böttcher, den 17jährigen Linken, der vor einigen Tagen in Magdeburg von Nazis brutal erstochen wurde.“

Innerhalb von nur einer Woche traten mehrere Organisationen in Aktion und riefen zu Demonstrationen

Fortgesetzt auf Seite 14

Berlin...

Fortsetzung von Seite 13

gegen die Faschisten auf. Ein Aufruf, zur gleichen Zeit und zum gleichen Ort zu mobilisieren, wo die Nazis ihre Zusammenrottung planten, kam von den GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, der Antifaschistischen Aktion Berlin und anderen Antifa-Gruppen. Gleichzeitig appellierten die SPD, die exstalinistische sozialdemokratische PDS und andere an den Staat, er möge seine faschistischen Banden „verbieten“; sie riefen zu einer Demonstration in einiger Entfernung von dem Ort auf, wo die Nazis sich zusammenrotten wollten. SpAD und Spartakist-Jugend riefen alle Gegner des Naziterrors zur Unterstützung der ersten Demonstration auf, die an dem Ort und zu der Zeit sein sollte, wo die Nazis marschieren wollten.

Die schnell wechselnden Ereignisse und Herausforderungen im Verlauf des Aufbaus dieser Demonstration stellten in der Aktion alle konkurrierenden politischen Programme der Anarchisten, der SPD, der PDS und der authentischen Kommunisten, repräsentiert von der SpAD, auf den Prüfstand. Ein am 11. Februar von der SpAD verteiltes Flugblatt betonte: „Nur eine Einheitsfrontaktion, die auf der sozialen Macht der Arbeiter basiert und alle Unterdrückten und Ausgebeuteten einbezieht und verteidigt, kann den Nazi-Terror stoppen, der sich letztlich gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung selbst richtet.“

Die SpAD hatte ihren Aufruf zur Arbeiter/Immigrantenmobilisierung den Appellen der DGB-Spitzenbürokraten und des PDS-Bürgermeisters von Hellersdorf Uwe Klett (unterstützt durch die CDU-Bezirkspolitiker) an das Vierte Reich, „die Faschisten zu verbieten“, entgegengestellt. Wir warnten: „Man kann die Faschisten nicht zusammen mit dem bürgerlichen Staat, der sie schützt und benutzt, aufhalten... Nur die proletarische Einheitsfront, für die die Trotzisten in den 30er Jahren gegen den Verrat der SPD und gegen die schändliche ‚Sozialfaschismus‘-Politik von Stalin/Thälmann kämpften, hätte das Nazi-Regime und den Holocaust verhindern und den Weg zum Sturz der Bourgeoisie, der Hitler diente, bahnen können.“

Die Hetzkampagne der Regierung gegen die Immigranten wird heute dazu benutzt, den deutschen Nationalismus hochzupeitschen – und die Faschisten sind die konsequentesten deutschen Nationalisten. Der Angriff gegen Immigranten ist die Speerspitze einer Mobilisierung der Ka-

pitalistenklasse gegen die ganze Arbeiterbewegung. Gleichzeitig haben die Arbeiter in ganz Europa mit Klassenkampf geantwortet, um ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Mit ihrem chauvinistischen Aufruf „Arbeit zuerst für Deutsche“ hoffen die Faschisten, die weitverbreitete Verzweiflung angesichts eskalierender Arbeitslosigkeit als Wasser auf die Mühlen ihres Völkermordprogramms gegen Einwanderer und Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft auszunutzen. In unserem Flugblatt betonten wir, daß dies besonders für das östliche Deutschland nach dem kapitalistischen Anschluß gilt:

„Das ist die Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und des Ausverkaufs des deformierten Arbeiterstaats DDR durch die SED/PDS. Wie wir damals bei der entstehenden politischen Revolution Anfang Januar 1990 in unserem Aufruf zur Treptower Kundgebung, wo 250 000 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, warnten: ‚Noch ist der wiederaufstehende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen.‘ Wir Trotzisten kämpften damals für die proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten und für die soziale Arbeiterrevolution im Westen, für ein rotes Rätendeutschland.

Heute sehen wir die Auswirkungen des Anschlusses der ehemaligen DDR, wo praktisch die gesamte Großindustrie durch die Konterrevolution zerschlagen wurde. In dieser Situation wittern die Faschisten wieder Morgenluft, um mit der Hetzparole ‚Arbeit zuerst für Deutsche‘ den Kapitalisten zu Hilfe zu kommen, indem sie die Wut über den Bankrott der ‚Marktwirtschaft‘ auf die eingewanderten Arbeiter lenken, wie 1933 auf die Juden. Die verschärften Rivalitäten zwischen den Imperialisten und die damit verbundenen massiven Angriffe auf die Arbeiter haben in ganz Europa zum Anwachsen faschistischer Bewegungen geführt.“

Unser Flugblatt prangerte die DGB-Bürokraten an, die in die Hetze der Bosse gegen Immigranten mit eingefallen sind – wie der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel, der in skandalöser Weise den Schlachtruf der Nazis mit seiner Forderung nach „Ausländerquoten“ aufgreift. Es ist ungeheuerlich, daß der Vorsitzende der IG Metall, in der mehr eingewanderte Arbeiter organisiert sind, als in jeder anderen Gewerkschaft in Deutschland, eine solche rassistische



Neu!
**Lenin
und die
Avantgardepartei**

DM 3,-

(56 Seiten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde

Postfach 5 55

10127 Berlin

Konto 1 1988-601

Postgiro Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

26. Februar 1997

Bestellt bei:

Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601

Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

**Berlin-Hellersdorf:
SpAD-Kontingent führt
militante Demonstranten
bei der Verhinderung der
Nazi-Provokation**



Spartakist

Forderung in den Mund nimmt. Heute richtet sich der Polizeiterrror gegen Einwanderer, u. a. mit blutigen Knüppelinsätzen gegen DGB-Demonstrationen, und immer mehr gegen die Gewerkschaften selbst.

Das Programm in der Aktion getestet

Als die Gegnerschaft zur Nazi-Mobilisierung überall in Berlin anwuchs, schoben der Senat und seine Lakaien in der bürgerlichen Presse Überstunden, um die potentiellen Opfer der Nazis in Sicherheit zu wiegen und zu demobilisieren. Die bürgerliche Presse brachte Lügengeschichten, daß die angedrohte Nazi-provokation abgesagt worden wäre; der Berliner Innensenator Schönbohm verkündete am 13. Februar, die Nazis würden sich statt dessen in einem geschlossenen Raum unter Polizeischutz versammeln.

Die SpAD spielte eine entscheidende Rolle dabei, der Protektion der Nazis durch den Senat entgegenzutreten. Unsere Genossen verteilten massiv an der Humboldt-Universität sowie vor mehreren Berliner Fabriken mit hohem Immigrantanteil ein zweites Flugblatt mit dem Aufruf „Stoppt die Nazis!“, in dem wir warnten: „Lassen wir uns nicht von irgendwelchen Tricks hinters Licht führen. Die Mobilisierung ... muß mit Volldampf weitergehen.“

Der politische Kampf ging am Morgen des 15. Februar weiter, als wir dafür kämpften, die verschiedenen Kräfte am Ort zu der größtmöglichen einheitlichen Mobilisierung zusammenzuziehen, um der massiven Bullenpräsenz zu trotzen und die Nazis in die Flucht zu schlagen. Dazu war ein politischer Kampf mit Teilnehmern der impotenten

Fortgesetzt auf Seite 16

Veranstaltungen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

Von Johannesburg über Berlin bis Kabul: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Hörsaal 2014b, Hauptgebäude der Humboldt-Uni,
Unter den Linden 6
Mittwoch, 12. März, 18.00 Uhr

Schulungsreihe der Spartakist-Jugend Berlin Einführung in Theorie und Geschichte des Marxismus

6. März Ursprünge des Marxismus
20. März Das marxistische Programm
3. April Lohnarbeit und Kapital

Humboldt-Uni, Seminargebäude am Hegelplatz,
Raum 111, 18.00 Uhr
Weitere Informationen: (030) 443 94 00

Hamburg

Wir stoppten den Ku Klux Klan! (mit Videovorführung)

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1. Stock, Seminarraum, S-Bahn Altona
Mittwoch, 12. März, 18.30 Uhr

Schulungsreihe der SpAD ABC des Marxismus

26. März Frauenbefreiung durch sozialistische
Revolution!
9. April Die Oktoberrevolution
23. April Wie der sowjetische Arbeiterstaat
erwürgt wurde

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1. Stock, Seminarraum, 18.30 Uhr
S-Bahn Altona
Weitere Informationen: (040) 32 36 44

Berlin...

Fortsetzung von Seite 15

„Tu-nix“-Demo von PDS/SPD/CDU in der Brodauer Straße notwendig und ebenfalls mit einigen chaotischen, anti-kommunistischen Anarchotypen. Die SpAD baute ein beachtliches Kontingent am S-Bahnhof Kaulsdorf auf und schickte effektive „Agit-Prop“-Teams zur PDS-geführten Demo, um für eine *organisierte Einheitsfrontaktion* zu mobilisieren, die die Nazis *stoppt*. Über Megaphon wandten wir uns an die 700 Leute, die bei der „gewaltfreien“, „legalen“ Plauderstunde der PDS versammelt waren, und warnten vor jeglichem Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Eindringlich appellierten wir: „Es ist hier genug gesagt worden, jetzt ist es notwendig zu handeln – das heißt, *die Nazis zu stoppen*. Deshalb gehen wir jetzt los, um uns am S-Bahnhof Kaulsdorf mit denjenigen zu vereinen, die die Nazis stoppen wollen.“ Unsere Rede schlug wie ein Blitz in die Menge ein. Skandalöserweise verleumdete uns die „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“ als „Spalter“ und erklärten, sie würden „spontan“ entscheiden, wo sie hingehen. Als wir erwiderten, daß wir keine Zeit hätten, um auf ihre „Spontaneität“ zu warten, drängten ungefähr 300 Demonstranten nach vorn – u. a. ein Juso-Kontingent, geführt von Linksruck, einer Gruppe von Anhängern Tony Cliffs, die sich in der SPD vergraben hat – und schlossen sich mit den anderen antifaschistischen Kräften zusammen und skandierten: „Zerschlagt die Nazis!“

Gleichzeitig rief in Kaulsdorf die von AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) geführte Koalition von Antifa-Gruppen von ihrem Lautsprecherwagen dazu auf, *die Demonstration aufzulösen*, redete auf die Demo-Teilnehmer ein und machte den gefährlichen Vorschlag, sie möchten doch einzeln zum U-Bahnhof Wuhletal gehen, wo die Nazis gesichtet worden waren. Einige Demonstranten, die dem Aufruf folgten, waren eine leichte Beute für die Bullen und wurden gleich auf dem Bahnsteig in Wuhletal festgenommen.

Sofort rief das SpAD-Kontingent Sprechchöre: „Stoppt die Nazis – organisiert!“ und formierte sich in Richtung Wuhletal. Eine Anzahl autonomer Jugendlicher, türkische und kurdische Studenten und andere reihten sich bei uns ein und marschierten im disziplinierten und entschlossenen

antifaschistischen Block mit ... während sich die AA/BO-Führung nicht vom Fleck rührte.

Als sich die Antifaschisten – mit SpAD-Banner an der Spitze und Anarchisten und Jusos hinter uns – dem S-Bahnhof Wuhletal näherten, trafen wir auf einen Kordon von Polizeiwannen und einer Bullenphalanx mit Wasserwerfern. Schon hatten einige clevere und mutige antirassistische Jugendliche den U-Bahn-Waggon entdeckt, den die Polizei für die Nazis reserviert hatte, und waren dabei, den Nazis eine ordentliche Abreibung zu verpassen. Wir überraschten die relativ wenigen Bullen am Eingang des U-Bahnhofs und stürmten die Bahnhofstreppe hinauf. Unsere Rufe „Nazis raus!“ hallten laut durch den Bahnhof. Entsprechend ihrer Wischiwaschi-Politik zögerten die Jusos in diesem Moment und ließen den Bullen genug Raum, so daß diese hinter uns aufschließen konnten.

Nun folgte eine regelrechte Schlacht, wobei die Bullen es zielstrebig auf die Köpfe der antifaschistischen Demonstranten abgesehen hatten. Eine junge Genossin der Berliner Spartakist-Jugend bekam von einem Bullen einen derartigen Schlag ins Gesicht geschmettert, daß sie mit gebrochener Nase ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Berichte erreichten uns, daß andere Demonstranten in Polizeiwannen zusammengeschlagen worden waren. Über hundert Linke wurden verhaftet. *Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen antifaschistische Demonstranten!*

Gleichzeitig halfen Bullen den Skinheads auf dem Bahnsteig wieder auf die Beine und geleiteten sie in spezielle U-Bahn-Waggons und wartende Polizeiwagen, um sie ruckzuck in Sicherheit zu bringen. Andreas Storr, selbsternannter Führer der faschistischen „Jungen Nationaldemokraten“, wurde gesichtet, als er in Richtung Polizeischutz huschte. Als Berichte eintrafen, daß Antifa-Kundschafter auf Motorrädern weitere Nazis am nahegelegenen U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord entdeckt hatten, formierte die SpAD die verbleibenden antifaschistischen Kräfte, noch etliche hundert Leute stark, und marschierte im Eiltempo dorthin. Als dann keine Nazis mehr gefunden wurden, versammelten sich die Demonstranten gemeinsam mit der SpAD zu einer Siegeskundgebung, die mit dem Singen der Internationale beendet wurde.

Ein Bericht im PDS-nahen *Neuen Deutschland* (17. Februar) schreibt der PDS fälschlicherweise eine Schlüsselrolle zu, die Nazis gestoppt zu haben, während er einräumt, daß

Spartakisten und Autonome versuchten, die Faschisten vom Bahnsteig zu verjagen. Gleich am nächsten Tag distanzierte sich der PDSler Klett von der „Massenschlägerei“ auf dem Bahnsteig und bezeichnete es als „fraglich“, ob diejenigen, die die PDS-Demo gespalten hatten, um die Nazis zu *stoppen*, „als Linke bezeichnet werden können“ – eine stalinistische Standardverleumdung gegen Trotzkiisten, die jetzt im Dienste des Vierten Reichs bemüht wird.

Daß Klett die antifaschistische Aktion auf kriecherische Weise brandmarkte, entspricht der tatsächlichen Rolle der PDS: die antifaschistischen Kräfte zu *demobilisieren*. Nachdem die PDS schändlicherweise abseits vom Kampf gestanden hatte, reihte sie sich dann bei den Kräften *gegen* die Antifaschisten ein. PDS-Bürgermeister Klett agierte Schulter an Schulter mit den Bullen und brüllte über die



Christian v. Polentz

Berliner Bullen schützten Nazi-Skinheads, die in einen Waggon flüchteten. Die Bullen schlugen antifaschistische Demonstranten und verhafteten über 100. Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!

Verteidigt die Anti-Klan-Demonstranten!

Ein kritischer Prozeßtermin für die Verteidigung der Anti-Klan-Demonstranten, die wegen ihrer Beteiligung an der Einheitsfrontaktion am 29. Juni 1996 in Chicago angeklagt sind, wurde nun auf den 28. Februar verschoben. Gleichzeitig wird ein vom Partisan Defense Committee initiiertes Einheitsfrontprotest vor dem Cook County Circuit Court (Bezirksgericht von Chicago) stattfinden, wo eine wichtige Anhörung anberaumt ist. Drei Demonstranten werden wegen der vorgeschobenen Anklage „Körperverletzung gegen die Polizei“ vor Gericht stehen. Die Anklagen gegen weitere sechs Demonstranten sind fallengelassen worden.

Die Anwälte werden beim Gerichtstermin neue Beweise vorlegen, daß die Polizei von Chicago Nachrichten über die KKK-Provokation unterdrückt hat und gezielt die Anti-Klan-Demonstranten angriff, als „Manöverübung“ für mögliche Proteste beim Kongreß der Demokratischen Partei. Die antirassistischen Aktivisten werden vom Staat verfolgt, weil sie im letzten Sommer gemeinsam mit fast 100 Gewerkschaftern, Linken und Jugendlichen einer Provokation der Klan-Terroristen entgegentraten und die rassistischen Mordbrenner in die Flucht schlugen. Auch in Deutschland ist der KKK mit seiner faschistischen Konföderierten-Flagge Teil des braunen Netzwerks, wie der „Weiße Arische Widerstand“. Die Niederbrennung schwarzer Kirchen im Süden der USA sind sein Werk. Der Schlag gegen den Klan war im Interesse aller Unterdrückten, Minderheiten und der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine Vielzahl von Arbeiterorganisationen, linken und Bürgerrechtsorganisationen sowie Antirassisten – von den USA und Kanada bis Brasilien, Südafrika, Deutschland und Japan, haben in den letzten Monaten an den Staatsanwalt geschrieben, um die Einstellung aller Verfahren zu fordern.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft alle Gegner des Rassismus auf, Proteste zu schicken an: Richard Devine, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602, USA. Spendet unter dem Stichwort „Anti-Klan Chicago“ auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00.

Für weitere Informationen wendet euch an das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, Tel. (0 30) 4 43 94 01.



Die Anti-Klan-Demonstranten Jeffrey Lyons, Dennis Glass, Gene Herson Workers Vanguard

Lautsprecheranlage, daß die Angriffe gegen die Nazis auf dem Bahnsteig aufhören müßten. Zwar stellt sich die PDS so hin, als ob sie im Kampf gegen den Faschismus in vorderster Front stünde, doch ihre schmutzige Unterstützung für den deutschen Nationalismus hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sie rechten chauvinistischen Kräften um den Hals gefallen ist – so z. B. bei einem Treffen 1993 zwischen einer prominenten PDS-Sprecherin (der Dresdner PDS-Vorsitzenden Christine Ostrowski) und einem Führer der faschistischen „Nationalen Offensive“. Am 1. Mai 1996 überließ Kletts PDS-Kollege Buttler, der Bürgermeister von Marzahn, die Straßen seines Bezirks einer Nazi-Provokation, dabei brachte er Sympathie für deren rassistische Parole „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ zum Ausdruck und warnte vor linken „Chaoten“ und „Schlägerei“.

PDS und SPD fördern selbstmörderische Illusionen in die bürgerliche Demokratie; sie erwarten vom kapitalistischen Staat, daß er die Faschisten verbietet und damit das Image des Vierten Reichs in den Augen der Welt „aufpolieren“ möge. Aber wie Spartakist-Sprecher Toralf Endruweit bei der antifaschistischen Aktion unter tosendem Beifall sagte: „Wir sind nicht hier, um das saubere Gesicht von Deutschland zu zeigen, weil es keins gibt. Wir sind nicht hier für eine ‚wehrhafte Demokratie‘, weil diese bürgerliche Demokratie die Faschisten beschützt und Immigranten und Linke bekämpft. Wir sind hier, um die Faschisten zu stoppen!“

Die Führer von AAB (Teil der anarchostalinistischen AA/BO) und der Cliff-Anhänger von Linksruck, zweier ganz unterschiedlicher Organisationen, die in ihren Flugblättern zu zwei verschiedenen Demos aufgerufen hatten, befanden sich beide im Widerspruch zwischen ihrer Kapitulation vor deutschem Nationalismus und den Appetiten ihrer Unterstützer, die Nazis stoppen zu wollen. Am S-Bahnhof Kaulsdorf verteilten autonome Antifagruppen (inklusive AAB) Flugblätter für eine öffentliche Veranstaltungsreihe, bei der über „Argumente gegen die Jungen Nationaldemokraten“ diskutiert werden sollte, und appellierten skandalöserweise mit dem Titel „Nationalismus ist keine Lösung!“ an Rassisten. Unterstützer der Spartakist-Jugend intervenierten auf der ersten Veranstaltung gegen „Debatten“ mit faschistischen Mördern und gegen „Sozialarbeit“ unter jungen Nazis und stellten dem die Mobilisierung zu Arbeitereinheitsfrontaktionen, die die Faschisten stoppen, entgegen. Die erbärmliche Antwort der Antifa Prenzlauer Berg: „Hellersdorf ist heute nicht das Thema der Veranstaltung“.

Zwei Tage später hatte die Gruppe Linksruck eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema „Sind Ausländerquoten notwendig?“, bei der sie Unterschriften für eine Petition an IG-Metall-Chef Zwickel sammelte. Damit er was tut? Nicht ganz so rassistisch zu sein? Das Juso-Flugblatt für die „friedliche, legale“ Demo in der Brodauer

Fortgesetzt auf Seite 18

Berlin...

Fortsetzung von Seite 17

Straße hatte an den Staat appelliert: „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze“. Linksruck ist eine Abspaltung aus der zerfallenen Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), die Anfang der 90er Jahre versucht hatte, die faschistischen Republikaner dadurch zu „stoppen“, daß sie zur Wahl der SPD „trotz

und Immigranten-Mobilisierung“, wo es zu einer lebendigen Debatte unter deutschen und Immigrantenjugendlichen kam, die durch unser rotes Banner in Hellersdorf angezogen wurden. Diskutiert wurde, wie man die Arbeiterbataillone mobilisiert, die notwendig sind, um die Nazis beim nächsten Mal, wenn sie ihren völkermörderischen Terror verbreiten wollen, zu zerschlagen. In der Diskussion machten wir den Punkt, daß rassistische, prokapitalistische sozialdemokratische Bürokraten wie Zwickel das Haupthindernis sind, das die Arbeiterklasse im Kampf für eine *revolutionäre* Gewerkschaftsführung aus dem Weg räumen muß.

Nur sozialistische Revolution kann die faschistische Gefahr beseitigen!

In ganz Europa sind rassistische Angriffe auf Immigranten die Speerspitze der Angriffe der kapitalistischen Herrscher auf den Lebensstandard und die Gewerkschaftsorganisationen der ganzen Arbeiterklasse. Die Interessen der Arbeiter und der Minderheiten müssen entweder gemeinsam durchgesetzt werden, oder sie werden gemeinsam zurückgeschlagen.

Inzwischen gehören faschistische Brandanschläge auf Immigrantenwohnheime in Deutschland so zum Alltag, daß nicht einmal mehr darüber berichtet wird, es sei denn, es gibt Tote. Auch in Italien und Frankreich steigt der faschistische Terror an; Le Pens Front National (FN) gewann vor kurzem das Bürgermeisteramt einer weiteren Stadt Südfrankreichs. Mit „ethnischen Säuberungen“ und mörderischen Schlägerangriffen auf Linke und Immigranten hat die FN bereits begonnen, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Um den faschistischen Terror zu bekämpfen, sind nicht

nur militante Straßenaktionen notwendig, obwohl auch diese ihren Platz haben, sondern vor allem ein Programm für revolutionären Kampf.

Die Faschisten rekrutieren genau deshalb, weil sie scheinbar die einzige Kraft sind, die ein „radikales“ soziales Programm anzubieten hätte. Die Anarchisten haben kein Programm zur Bekämpfung des Kapitalismus, während die bankrotten reformistischen Irreführer – denen die Zentristen hinterherkriechen – die Wut der Arbeiterklasse über die hochschnellende Arbeitslosigkeit in denselben immigrantenfeindlichen Chauvinismus kanalisieren wollen, der von den Faschisten geschürt wird. Wir Trotzkiisten kämpfen für ein Programm der proletarischen Revolution, um das kapitalistische System und seine faschistischen Mörderbanden wegzufegen. Der einzige Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung anständiger Wohnungen, anständiger Ausbildung und sozialer Absicherung für alle und zur Abwendung der Gefahr neuer imperialistischer Kriege und eines neuen Holocausts führt über die Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung einer egalitären sozialistischen Gesellschaft auf internationaler Ebene. Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Dazu ist ein kompromißloser Kampf gegen den giftigen Rassismus notwendig, der die Arbeiterklasse heute zersplittert. Die Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Unterdrückung ist direkt auf das Programm der *Klassenzusammenarbeit* mit der eigenen Bourgeoisie zurückzuführen. Wir Trotzkiisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für eine neue, eine revolutionäre Führung – eine proletarische internationalistische leninistische Partei –, die die Arbeiterklasse gegen ihren Klassenfeind vereinen kann und die für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit kämpft.

Nach Workers Vanguard Nr. 662, 21. Februar



Auszubildende während einer Demonstration im Ruhrgebiet protestieren gegen Arbeitslosigkeit

ihrer Politik“ aufrief. In mehreren Städten stellt Linksruck jetzt die Führung der Jugendorganisation der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD, die ihrerseits in mehreren Bundesländern die Innenminister stellt, die täglich Abschiebeterror gegen Immigranten organisieren. Im Gegensatz dazu hatten die Genossen der Spartakist-Jugend am gleichen Abend eine öffentliche Veranstaltung an der Humboldt-Universität mit dem Titel „Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter-

SPARTAKIST EK 3

(in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den
Taşkent'e Kadar:
Kapitalist Karşı-devrim
Kadını Ayaklar
Altına Alıyor

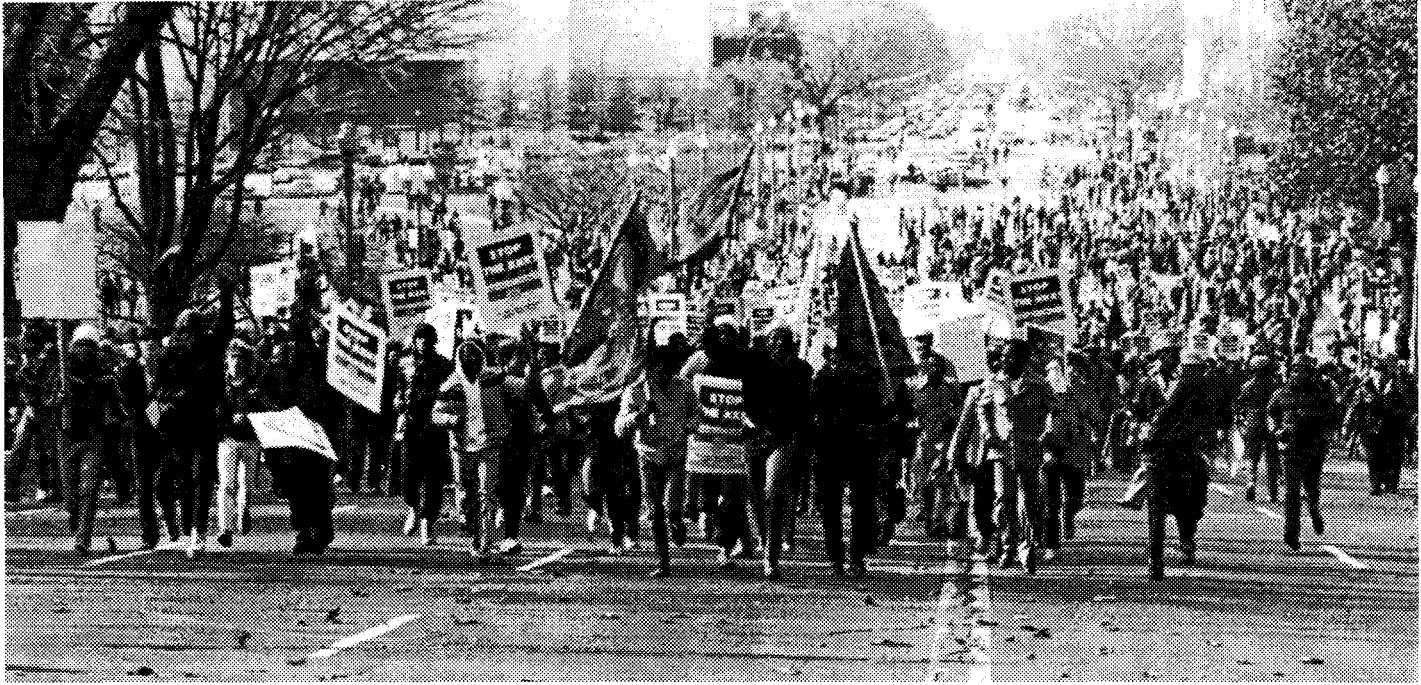
Aşağıdaki makale ilk kez,
(Dördüncü Enternasyonalist)
Enternasyonal Komünist
Ligası'nın Amerika seksiyonu
olan Spartakist Ligası/
ABD'nin Kadın Komisyonu
tarafından çıkarılan *Women
and Revolution* (Kadın ve
Devrim) dergisinin İkbahar/
Yaz 1993 tarihli 42. sayısında
yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1,-

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60





Workers Vanguard

Washington, 27. November 1982 – Arbeiter/Schwarzenmobilisierung auf der Constitution Avenue verhinderte Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klan durch Einheitsfrontaktion. Sie riefen: „Wir stoppten den Klan!“

Arbeitereinheitsfront...

Fortsetzung von Seite 20

zügeln, erinnern an die Rolle ihrer stalinistischen und sozialdemokratischen Vorläufer. Adolf Hitlers Drittes Reich ist schließlich ganz legal mit Zustimmung der Parlamentarier des Zweiten Reichs an die Macht gekommen.

Hitlers Sieg war eine Weichenstellung – konfrontiert mit der tiefen Krise des Kapitalismus, stand Deutschland vor der Entscheidung: internationale proletarische sozialistische Revolution oder faschistische Barbarei. Die Geschichte hat ihr Urteil deutlich gesprochen. Die Folgen der reformistischen Anpassung an die kapitalistische Ordnung dürfen weder vergessen noch wiederholt werden.

Das eine steht fest: Während die deutsche Bourgeoisie Hunderttausende Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz verjagt, richten sich ihre immigrantenfeindlichen Kampagnen gegen die Arbeiterbewegung, wobei sie hofft, den deutschen Nationalismus gegen „Ausländer“ hochzupeitschen, um die Arbeiter dann zu spalten, wenn die größte Einheit – besonders mit den bedeutenden türkischen und kurdischen Teilen des Industrieproletariats – notwendig ist, um gegen die Angriffe auf den Lebensstandard des Proletariats Widerstand zu leisten und um sich gegen die Nazi-Mörderbanden zu verteidigen, die durch die Regierungspolitik angestachelt

worden sind.

Faschismus richtet sich zuallererst gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Die Nazis konnten den Holocaust erst durchführen, *nachdem* die Arbeiterbewegung zerschlagen und atomisiert worden war. Die Nazi-Skinheads machen keinen Unterschied zwischen den Reformisten der PDS und allen anderen linken Parteien. Wenn sie gegen die PDS vorgehen, gehen sie gegen die Arbeiterbewegung vor. Es ist unbedingt erforderlich, daß die soziale Macht der deutschen Arbeiterbewegung mit ihren integrierten Industriegewerkschaften organisiert wird, um es mit der dreisten und mörderischen Herausforderung der Nazis aufzunehmen.

Wir Trotzlisten von der Spartakist-Arbeiterpartei rufen alle Gegner des Nazi-Terrors dazu auf, sich zur **Einheitsfrontverteidigung** zusammenzuschließen. Während wir offene politische Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen der Linken wie der PDS, den Jusos, den Autonomen usw. begrüßen und ermutigen, sind wir überzeugt, daß wir uns vereinen müssen – getrennt marschieren, vereint schlagen – und, gestützt auf die Macht der Gewerkschaften, die Nazi-Mörderbanden zerschlagen müssen. Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungspatrouillen zum Schutz von Immigrantenzentren, Flüchtlingswohnheimen, linken Büros, Jugendklubs, Synagogen, Moscheen und anderen Zielscheiben der Nazis. **Stoppt die Nazis, organisiert!**



Abonniert!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische Ausgabe)
und Women and Revolution

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postgiro Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

Kontakt zur SpAD

Berlin	Telefon (0 30) 4 43 94 00 Postfach 555, 10127 Berlin
Halle	Telefon (03 45) 2 02 90 55
Hamburg	Telefon (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

Nazi-Mordanschlag auf PDS-Buchhändler Für Arbeiterereinheitsfront zur Verteidigung gegen Nazi-Terror!

Nachfolgend drucken wir unser Flugblatt vom 19. Februar ab, das wir direkt nach dem Mordanschlag auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in Berlin-Marzahn veröffentlicht haben.

Seit Jahren ist der Nazi-Abscham davongekommen, wenn er Brandanschläge und Morde an dunkelhäutigen Immigrantinnen und ihren Kindern verübt hat. Tatsächlich sind diese Angriffe so alltäglich geworden, daß darüber nur berichtet wird, wenn es Tote gibt. Heute wurde am helllichten Tage ein Buchhändler im PDS-Gebäude in Berlin-Marzahn das Opfer eines blutigen, fast tödlichen Angriffs durch einen Faschisten. Ein Typ mit Bomberjacke und Springerstiefeln feuerte mit einer Schrotflinte von hinten dreimal auf den Buchhändler. **Dies unterstreicht die Dringlichkeit von vereinten Arbeiterverteidigungsaktionen, um dieses Pack – jetzt – im Keim zu zerschlagen!**

Der mörderische Angriff von heute war ein krimineller Racheakt des Nazis wegen der erfolgreichen Massenaktion, die am Samstag, den 15. Februar eine Nazi-Provokation auf den Straßen von Berlin-Hellersdorf vereitelt hatte. Trotz massivem Polizeischutz für die Nazi-Mörder hatten mutige autonome Jugendliche, Spartakisten, Gewerkschafter, Jusos und andere die Nazis gestoppt. Dafür prügelte die Polizei auf die Nazigegner ein und nahm 104 Antifaschisten fest. **Wir begrüßen die erfolgreiche Aktion gegen die Nazis am 15. Februar in Hellersdorf und warnen: Wenn es den Nazis gelungen wäre, letzten Samstag ungehindert durch Berlin zu marschieren, würde die Zahl von terroristischen Angriffen auf Arbeiter, Immigrantinnen, Linke und Minderheiten um das Hundertfache steigen.** Ihr verbrecherischer Überfall auf den Buchhändler in Berlin ist genauso wie die Ermordung des 17jährigen Frank Böttcher in Magdeburg ein feiger Angriff der rassistischen Terroristen, die vor den Mobilisierungen Angst haben, durch die sie zurückgeschlagen werden, wenn sie versuchen, aus ihren Rattenlöchern zu kriechen.

Kriminellerweise hat sich die PDS, die selbst ein Opfer der Nazi-Rache für Hellersdorf geworden ist, dem Chor derer an-

geschlossen, die Innensenator Schönbohm vom CDU/SPD-Senat gegen „linke Gewalt“ anführt, weil sein massiver Polizeieinsatz zur Verteidigung der Faschisten am 15. Februar vereitelt wurde. Während der linke Buchhändler nach diesem terroristischen Angriff – der im gleichen Gebäude erfolgte, wo Gregor Gysi sein Wahlkreisbüro hat – im Krankenhaus liegt, verurteilte Gysi empörenderweise „tätliche Angriffe seitens linker Autonome“ und plädierte für „politische Auseinandersetzung“ mit den Faschisten und für „Deeskalation“ von Gewalt durch die Bullen.

Gregor Gysi sollte sich wie jeder Gewerkschaftsfunktionär, jeder Linke, jedes Mitglied einer Arbeiterorganisation und einer Minderheit an die bewegenden Worte des evangelischen Pfarrers Martin Niemöller erinnern, der 1945 sagte:

„Erst kamen sie, um die Kommunisten zu holen, aber weil ich kein Kommunist war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Juden zu holen, aber weil ich kein Jude war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Katholiken zu holen, aber weil ich kein Katholik war, habe ich nicht protestiert. Als sie kamen, um mich zu holen, war niemand mehr da, um zu protestieren.“

Der ungeheuerliche Versuch von Gregor Gysi, „Links“- und „Rechts“-extreme auf eine Stufe zu stellen, ist eine tödliche Gleichsetzung, die nur zur Stärkung des blutigen kapitalistischen Staates führen kann, dem die PDS dient und der die Faschisten mit seinen Massenabschiebungen von Immigrantinnen und seinen bössartigen Angriffen auf Arbeiter, Frauen, Minderheiten und Linke ermutigt. Während die PDS das Vierte Reich anfleht, die Auswüchse von „Extremisten“ zu zügeln, dienen ihr Ausverkauf der DDR und ihre lauwarmen Aufrufe, das kapitalistische System zu „reformieren“, dazu, das Elend zu vermehren, auf dem die Faschisten wachsen. Die schändliche Verurteilung der kühnen linken Aktion, die die Nazi-Provokation verhinderte, durch die PDS und ihre selbstmörderischen Appelle an den Staat, er solle seine faschistischen Kettenhunde

Fortgesetzt auf Seite 19

Stoppt die Faschisten durch Arbeiter/Immigrantinnen-Mobilisierung!

Der folgende Teil 4 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 643, 12. April 1996. Die Teile 1 bis 3 erschienen in Spartakist Nr. 124 (September/Oktober 1996), Nr. 125 (November/Dezember 1996), Nr. 126 (Januar/Februar 1997) und beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zu der Pariser Kommune und der Spaltung der Ersten Internationale. Der hier veröffentlichte Teil 4 wurde aus Workers Vanguard Nr. 643 (12. April 1996) übersetzt. Teil 5 wird sich mit den revolutionären Syndikalisten auseinandersetzen.

Sowohl die marxistische als auch die anarchistische Bewegung entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die beginnende Entwicklung des Industriekapitalismus die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und nationalen Strukturen des kontinentalen Europas radikal veränderte. Die überwiegende Mehrheit der Lohnarbeiter waren immer noch Handwerker, die in kleinen Werkstätten arbeiteten, viele mit dem realistischen Ziel, zu Kleinrentnern zu werden. Die fünf französischen Vertreter auf der Gründungskonferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation (der Ersten Internatio-

von Joseph Seymour

nale) 1864 waren ein Möbeltischler, ein Buchbinder, ein Graveur, ein Musikinstrumentenbauer und ein Maschinist in einer Textilfabrik.

Auf der politischen Ebene war die neue bürgerliche Ordnung in einem Großteil Europas immer noch durch die monarchischen Regime verkrustet, die aus der feudalen Vergangenheit stammten. Bakunins erste anarchistische

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 4 Anarchismus und Syndikalismus in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg

Anhänger waren ehemalige radikale italienische Nationalisten, die noch vor kurzem mit der Waffe in der Hand gegen das habsburgische Österreich und die lokalen italienischen Fürstentümer wie das bourbonische „Königreich beider Sizilien“ gekämpft hatten. Als in Deutschland Ende der 1860er Jahre zum ersten Mal eine von Marxisten geführte Arbeiterpartei gegründet wurde, regierten König Wilhelm I. (der bald Kaiser werden sollte) und sein Minister Otto von Bismarck das Land mit eiserner Hand. Wilhelm Liebknecht, August Bebel und ihre Genossen waren nie sicher, ob sie nicht am nächsten Tag ins Gefängnis geworfen würden.

In den nächsten Jahrzehnten breitete sich der Industriekapitalismus, angetrieben durch die sprunghafte Steigerung seiner Produktivität, in ganz West- und Mitteleuropa aus. Städte wie Berlin, Wien

und Mailand, die in den Revolutionen von 1848 weniger als 100 000 Einwohner hatten, wuchsen zu großen Metropolen mit ausgedehnten Arbeiterbezirken heran. Ein schnell anwachsendes Industrieproletariat wurde die soziale Basis für Massengewerkschaften und -arbeiterparteien. Parlamente mit großen sozialistischen Fraktionen, die den Anspruch hatten, für die Arbeiterklasse zu sprechen, wurden ein entscheidendes Element in der bürgerlichen politischen Ordnung Europas. Diese Entwicklungen hatten notwendigerweise tiefgreifende Auswirkungen sowohl auf die marxistische als auch auf die anarchistische Bewegung. Was wissenschaftlicher Sozialismus und Anarchismus für linke Militante zur Zeit der Ersten Internationale (1864–72) bedeutete, war von den Begriffen her etwas ganz anderes als das Verständnis, das man zur Zeit der Zweiten Internationale (1889–1914) haben würde.

Fortgesetzt auf Seite 22



Attentat auf Zar
Alexander II. durch
Narodniki,
russische
Volkstümmler, 1881

Radio Times Hulton

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

Der Anarchismus entstand in den romanischen Ländern Europas als eine radikale Protestbewegung von verelendeten Handwerkern und unterdrückten Landarbeitern (die letzteren in Süditalien und Spanien) gegen die verheerenden Auswirkungen des aufkommenden Industriekapitalismus auf diese gesellschaftlichen Klassen. Doch mit der Entwicklung eines großen Industrieproletariats in diesen Gebieten entwickelten ein Teil der anarchistischen Bewegung und verschiedene abtrünnige Sozialisten eine eigenständige politische Doktrin und Bewegung namens Syndikalismus. Bis zur Jahrhundertwende war der Syndikalismus zur vorherrschenden Strömung in der Gewerkschaftsbewegung von Frankreich und Spanien geworden und eine wichtige Tendenz in den italienischen Gewerkschaften. In den USA entstand ebenfalls im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg eine eigenständige Version des Syndikalismus, die Industrial Workers of the World (Industriearbeiter aller Länder – IWW).

Die Charta von Amiens der französischen Confédération Générale du Travail (Gewerkschaftsdachverband – CGT) aus dem Jahr 1906, die als eine grundlegende Erklärung syndikalistischer Prinzipien angesehen wurde, proklamierte: „Die Gewerkschaft, die heute eine Kampforganisation ist, wird in der Zukunft eine Organisation für die Produktion und Verteilung sein und die Basis der gesellschaftlichen Reorganisation.“ Ein britischer Anarchist unserer Tage, George Woodcock, definierte das syndikalistische Programm als „die industrielle Manifestation des Anarchismus“ und schrieb den Wirtschaftskollektiven in der zukünftigen Gesellschaft die Rolle zu, die Proudhon den individuellen Produzenten (oder Kooperativen) und Bakunin den autonomen Kommunen zugewiesen hatte:

„Das Syndikat andererseits basiert auf der Organisation der Arbeiter am Arbeitsplatz je nach Industriezweig. Die Arbeiter von jeder Fabrik oder jedem Depot oder jedem landwirtschaftlichen Betrieb sind eine autonome Einheit, die ihre eigenen Angelegenheiten regelt und alle Entscheidungen trifft, die ihre Arbeit betreffen. Diese Einheiten sind föderalistisch in einem Syndikat zusammengeschlossen, das dazu dient, die Aktionen der Arbeiter in jedem Industriezweig zu koordinieren. Die Dachorganisation hat keine Autorität über die Arbeiter in irgendeinem Teilbereich und kann bei Aktionen kein Veto verhängen wie die Leitung einer Gewerkschaft.“ (George Woodcock: *Railways and Society* [Eisenbahn und Gesellschaft], 1943, in Auszügen wiedergegeben in Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch], 1977)

Die Doktrin und die Bewegung, die in der Charta von Amiens der französischen CGT zum Ausdruck kamen, werden sowohl in der linken als auch in der bürgerlichen Literatur häufig „Anarcho-Syndikalismus“ genannt. Dieser Begriff trifft in dem Sinne zu, daß der Syndikalismus von der anarchistischen Bewegung beeinflusst wurde und eine Reihe von dessen grundsätzlichen ideologischen Prämissen teilte. Viele, wenn auch bei weitem nicht alle Syndikalisten betrachteten sich als Anarchisten. Dennoch waren Anarchismus und Syndikalismus unterschiedliche und, bis zu einem gewissen Grad, *rivalisierende* Bewegungen. Errico Malatesta, einer der ursprünglichen italienischen Bakunisten, meinte, daß der „Syndikalismus eine neue Doktrin werden“ und „die Existenz des Anarchismus selbst bedrohen wird“. Von der anderen Seite her machte Pierre Monatte, ein führender französischer Syndikalist, 1907 die scharfe Bemerkung: „Was die Anarchisten angeht, so hat

sich ihr Revoluzzertum in perfekter Art und Weise in den Elfenbeinturm philosophischer Spekulationen zurückgezogen.“

Von Marx' Kommunismus zu Kautskys Sozialdemokratie

Genauso wie sich die französische CGT von Monatte und Léon Jouhaux stark von Bakunins Internationaler Allianz für Sozialistische Demokratie unterschied, so unterschied sich die deutsche Sozialdemokratie von Bebel und Karl Kautsky in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts stark von der Bewegung, die von Marx und Engels in den 1870er Jahren inspiriert und geführt wurde. Zu der Zeit, als Marx lebte, wurde er von niemandem mit parlamentarischem Reformismus identifiziert. Nachdem er im Anschluß an die Pariser Kommune von 1871 zum ersten Mal zu einer weithin bekannten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens geworden war, wurde er von den europäischen Regierungen und der bürgerlichen Presse als der „rote terroristische Doktor“ gebrandmarkt. Aber im Gegensatz zum Abenteuererum von Bakunins italienischen und spanischen Anhängern bestand Marx darauf, daß die Arbeiterklasse sich durch Kämpfe für demokratische Rechte, wirtschaftliche Errungenschaften und soziale Reformen auf eine erfolgreiche Revolution vorbereiten müsse.

Gegen die Anarchisten gerichtet, argumentierte Marx, daß revolutionäre Sozialisten, wo es möglich ist, Parlamentswahlen und das Auftreten im Parlament zur Agitation für ihr Programm ausnutzen sollten. Ein ausgezeichnetes Beispiel hierfür war das Auftreten von Wilhelm Liebknecht und August Bebel im Reichstag des Norddeutschen Bundes während des Französisch-Preußischen Krieges von 1870/71. Sie weigerten sich, für Kriegskredite zu stimmen, später verteidigten sie die Pariser Kommune und führten die Opposition gegen die Annektion von Elsaß-Lothringen durch das neugegründete deutsche Zweite Reich an. Für ihre Auflehnung gegen den Staat von Kaiser Wilhelm wurden die marxistischen Führer der gerade erst entstehenden deutschen Arbeiterbewegung vor Gericht gestellt und wegen Hochverrats ins Gefängnis geworfen.

Gegen die Anhänger von Proudhon und Bakunin gerichtet, hielt Marx daran fest, daß die Arbeiterbewegung Maßnahmen der kapitalistischen Regierung, die ihren Interessen nützen, fordern und unterstützen sollte, so wie die Abschaffung der Kinderarbeit. Marx und Engels haben nie die Auffassung verbreitet, daß man durch schrittweise Reformen der kapitalistischen Wirtschaft den *Sozialismus* herbeiführen könnte, und damals hätte auch niemand daran gedacht, ihnen eine solche Konzeption zuzuschreiben. Natürlich wurden später von Reformisten, die sich an den Wohlstand und die scheinbare Stabilität der westeuropäischen bürgerlichen Gesellschaft gewöhnt hatten, alle möglichen Positionen als „Marxismus“ ausgegeben.

In ihrer Vorstellung von einer europaweiten sozialistischen Revolution dachten Marx und Engels an einen Zeitraum von *Jahren* und nicht Jahrzehnten. Zum Beispiel wurde Ende der 1870er Jahre die russische Selbstherrschaft durch das Entstehen der revolutionären Volkstümlerbewegung erschüttert, die große Teile der gebildeten Jugend mobilisierte. Es gab weitverbreitete Erwartungen in ganz Europa, daß Rußland am Rande einer radikalen demokratischen Revolution stehe, angefacht durch eine bäuerliche Massenrevolte analog zur Großen Französischen Revolution von 1789. Marx und Engels glaubten, daß der Sturz der zaristischen Autokratie – des Gendarmen der europäischen Reaktion – der Beginn einer europaweiten sozialistischen Revolution sein könnte. Im Vorwort zur neuen russischen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests* von 1882 – die letz-

te gemeinsame Arbeit von Marx und Engels, ehe der erstere im folgenden Jahr starb – heißt es, daß die russische Revolution „das Signal einer proletarischen Revolution im Westen“ werden könne.

Auf die Ermordung von Zar Alexander II. durch revolutionäre Volkstümler im Jahre 1881 folgte jedoch die reaktionäre Restabilisierung des russischen Absolutismus für den Rest des Jahrzehnts. Dies wiederum stärkte die bürgerliche Ordnung im Europa des deutschen Zweiten Reiches, der französischen Dritten Republik und des späten viktorianischen Englands. Unter diesen Bedingungen wurde die Aussicht auf eine proletarische Revolution zunehmend abstrakt und verschob sich für viele Sozialisten immer weiter in die Zukunft, auch bei denen, die sich als Anhänger der marxistischen Doktrinen verstanden.

Diese Entwicklung spiegelte sich darin wider, daß sich die allgemein übliche Bezeichnung der marxistischen Bewegung von kommunistisch zu sozialdemokratisch änderte. Typisch für die Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts war das Konzept eines *Minimal*programms für demokratische Rechte und soziale und wirtschaftliche Reformen, das zeitlich scharf getrennt war von dem *Maximal*programm, d. h. dem revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems. Der führende Vertreter dieses theoretischen Schemas war Karl Kautsky, der anerkannte Sprecher des „orthodoxen“ Marxismus nach dem Tod von Engels im Jahre 1895. Wie Trotzki später in einem Nachruf schrieb, als Kautsky 1938 starb:

„Die revolutionäre Seite des Marxismus hatte sich in eine unbestimmte, jedenfalls ferne Perspektive verwandelt.

Kampf um Reformen und Propaganda standen auf der Tagesordnung. Kautskys Werk bestand darin, die Politik der Reformen vom Standpunkt einer revolutionären Perspektive aus zu kommentieren und zu rechtfertigen. Selbstverständlich hätte Kautsky bei einer Änderung der objektiven Bedingungen die Partei mit anderen Methoden ausrüsten können. Das trat jedoch nicht ein. Das Einsetzen einer Epoche großer Krisen und großer Erschütterungen offenbarte den durch und



R. Viollet

Peter Kropotkin

durch reformistischen Charakter der Sozialdemokratie und ihres Theoretikers Kautsky.“ (Leo Trotzki, „Karl Kautsky“, in *Schriften über Deutschland*)

Die Auseinandersetzung zwischen den Anarchisten und denjenigen, die den Anspruch erhoben, in der marxistischen Tradition zu stehen, war in der früheren Periode auf einer ganz anderen Ebene geführt worden. Bakunin hatte die deutschen Kommunisten dafür angegriffen, daß sie eine revolutionäre Diktatur anstrebten; seine Nachfolger warfen den deutschen Sozialdemokraten parlamentarischen Reformismus vor. Der französische revolutionäre Syndikalist Pierre Monatte äußerte sich abfällig über den „orthodoxen“ marxistischen Führer Jules Guesde (der ironischerweise ein ehemaliger Bakunist war), weil dieser für ein „Revoluz-

zentrum“ eintrete, das „nur aus Worten besteht oder, schlimmer noch, auf Wahlen und das Parlament ausgerichtet“ ist.

Es gab jedoch eine zunehmend wichtigere Ausnahme von der Identifizierung der Sozialdemokratie vor 1914 mit parlamentarischen Reformismus: die marxistische Bewegung im Russischen Reich, einschließlich Polens. Alle russischen Radikalen – sowohl die Volkstümler als auch die Marxisten – erkannten, daß der *Sturz der zaristischen Selbstherrschaft* eine notwendige Vorbedingung für demokratische Freiheiten, eine repräsentative Regierung und sozialen Fortschritt war. Die verschiedenen volkstümlerischen und marxistischen Fraktionen im Russischen Reich hatten ganz unterschiedliche Vorstellungen über den Verlauf der kommenden Revolution und darüber, was danach geschehen würde, aber nicht darüber, daß eine Revolution bevorstand.

Das Gründungsprogramm der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1903 – das sowohl von den zukünftigen Bolschewiki als auch den zukünftigen Menschewiki unterstützt wurde – erklärte „als unmittelbare politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und deren Ersetzung durch eine demokratische Republik“. Noch bedeutsamer war, daß die russische Partei die *einzigste sozialdemokratische Partei in der Welt* war, die in ihr offizielles Maximalprogramm die „Diktatur des Proletariats“ als notwendig für „die Unterdrückung jeglichen Widerstandes von seiten der Ausbeuter“ aufgenommen hatte. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts bedeutete also der Marxismus in Rußland und Polen etwas ganz anderes als in Deutschland oder Frankreich.

Ein Vierteljahrhundert nach Bakunins Tod 1876 war die Bewegung, die er ins Leben gerufen hatte, in Anarchisten und Syndikalisten gespalten. Und die Anarchisten selber waren ein heterogener Haufen, sie reichten von reinen Propagandisten wie Kropotkin bis zu terroristischen Fachleuten für die „Propaganda der Tat“. Zur gleichen Zeit waren die „marxistischen“ sozialdemokratischen Parteien immer mehr in Fraktionen der Rechten, des Zentrums und der Linken gespalten, wobei die revolutionären Marxisten im Russischen Reich und auf dem Balkan konzentriert waren. Erst durch einen imperialistischen Weltkrieg und eine Arbeiterrevolution in Rußland sollten die falschen Trennungslinien in der linken und proletarischen Bewegung international überwunden (und die wirklichen Trennungslinien geklärt) werden.

Kropotkin: ein linker „Sozialdarwinist“

Wir haben hervorgehoben, daß die Grundprämisse des klassischen Anarchismus die Annahme war, es gäbe eine natürliche moralische Ordnung, die allen Menschen soziale Solidarität auferlegt. Diese Konzeption fand ihren klarsten Ausdruck in den Schriften von Peter Kropotkin, dem führenden Vertreter des Anarchismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Kropotkins bekannteste Arbeit trug den Titel „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, deren erste beiden Kapitel der „Gegenseitigen Hilfe unter Tieren“ gewidmet waren.

Peter Kropotkin wurde 1842 in die höheren Kreise des russischen Adels hineingeboren und war als Jugendlicher ein Mitglied des Pagenkorps, das direkt dem Zaren zugeteilt war. Dieser besondere zaristische Page zeichnete sich durch seine intellektuelle Neugier und sein soziales Gewissen aus. Als er, wie alle jungen russischen Adligen, als junger Offizier in der Armee dienen mußte, wählte er ein entlegenes Kosakenregiment in Sibirien, weit weg vom luxuriösen Leben bei Hofe. Die Berichte, die er über seine Reisen in dieser unberührten Region schrieb, wurden später veröffentlicht und trugen Kropotkin den wissenschaftlichen Ruf eines

Fortgesetzt auf Seite 24

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 23

Experten über die Geographie von Ostsibirien ein. Immer mehr entfremdet von der sozialen und politischen Ordnung des russischen absolutistischen Staates, schied Kropotkin als Mittzwanziger aus der Armee aus und schrieb sich an der St. Petersburger Universität ein, um Naturwissenschaften zu studieren.

1872 besuchte Kropotkin zum ersten Mal Westeuropa und lernte dort die bakunistische Bewegung in der Schweiz kennen. Der unzufriedene junge russische Adlige wurde sofort für den Anarchismus gewonnen, eine Sache und Bewegung, der er den Rest seines Lebens widmen sollte. Um Kropotkins Anarchismus zu verstehen, ist es wichtig, die Schweizer Bakunisten, die ihn beeinflussten, von den italienischen und spanischen Bakunisten zu unterscheiden. Die Schweizer waren schulisch und fachlich ausgebildete Handwerker – hauptsächlich Uhrmacher –, die dachten, daß ihnen das anarchistische Programm eine Möglichkeit dazu biete, die traditionelle Gemeinschaft der Handwerker gegen die Raubzüge des Industriekapitalismus zu schützen. Für sie

sollte die soziale Revolution in erster Linie durch aufklärerische Propaganda zustandekommen. Die italienische und spanische Bewegung der Bakunisten bestand weitgehend aus deklassierten Intellektuellen, Landarbeitern und lumpenproletarischen Elementen, für die Anarchismus aufrührerische Gewalt gegen ihre verhaßten Herrscher jetzt sofort an Ort und Stelle bedeutete.

Als Kropotkin nach Rußland zurückkehrte, stürzte er sich in die bei den intellektuellen Jugendlichen aufkommende revolutionäre Volkstümlerbewegung. Wie die meisten seiner Genossen wurde er ins Gefängnis geworfen, aber zwei Jahre später gelang ihm mit der Hilfe von Freunden aus den höheren Kreisen der russischen Bürokratie die Flucht ins Ausland. Kropotkin wurde bald zu einem führenden Kopf der anarchistischen Bewegung in der Schweiz und in Frankreich. Aufgrund seiner Teilnahme an einem kämpferischen Streik von Seidenarbeitern in Lyon verurteilte ihn die französische Regierung Anfang der 1880er Jahre zu drei Jahren Gefängnis.

Nach seiner Entlassung ließ sich Kropotkin – inzwischen Mitte Vierzig – in Britannien nieder, wo er die nächsten drei Jahrzehnte leben sollte und seine Hauptwerke über den

**Erstmalig
auf deutsch!**

Lenin und die Avantgardepartei

Lenins Kampf für den Aufbau der bolschewistischen Partei

- Kautskyanertum und die Ursprünge der russischen Sozialdemokratie
- Bolschewismus kontra Menschewismus: Die Spaltung von 1903
- Die Revolution von 1905
- Partei, Fraktion und „Freiheit der Kritik“
- In Verteidigung des demokratischen Zentralismus
- Der Kampf gegen die Boykottisten
- Die endgültige Spaltung mit den Menschewiki
- Der Kommunistischen Internationale entgegen

In dieser Broschüre wird der Kampf für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei dokumentiert. Im Kapitel „Der Kommunistischen Internationale entgegen“ heißt es:

„Die welthistorische Bedeutung des Bolschewismus vor 1914 lag darin, daß er die organisatorischen Prinzipien vorwegnahm, die für den Sieg in der Epoche des imperialistischen Kapitalismus und der proletarischen Revolution erforderlich sind. Als mit dem Ersten Weltkrieg die Epoche des kapitalistischen Niedergangs eröffnet wurde, war das Haupthindernis für eine proletarische Revolution nicht mehr die ungenügende Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterbewegung. Jetzt war es die auf einer mächtigen Arbeiterbewegung basierende reaktionäre Arbeiterbürokratie, die ein veraltetes Gesellschaftssystem aufrechterhielt. Die erste Aufgabe der revolutionären Sozialisten war es von jetzt an, die Reformisten als die Führung der Arbeitermassenbewegung zu besiegen und zu ersetzen, als Voraussetzung dafür, diese Bewegung zum Sieg über den Kapitalismus zu führen und die Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Diese Aufgabe hat einen Doppelcharakter. Die Gründung einer revolutionären Avantgardepartei spaltet die Arbeiterklasse politisch. Jedoch strebt eine Avantgardepartei danach, die Masse des Proletariats durch *vereinigte* ökonomische Organisationen des Klassenkampfes zu führen, durch die Gewerkschaften. In einer revolutionären Situation strebt eine Avantgardepartei danach, eine vereinigte Arbeiterklasse durch Sowjets, die organisatorische Grundlage einer Arbeiterregierung, zur Macht zu führen.“



Übersetzung der von der Spartacist League/U.S. 1978 herausgegebenen Broschüre

56 Seiten

DM 3,- zuzüglich Porto

Bestellung bei: Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin, Konto-Nr. 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

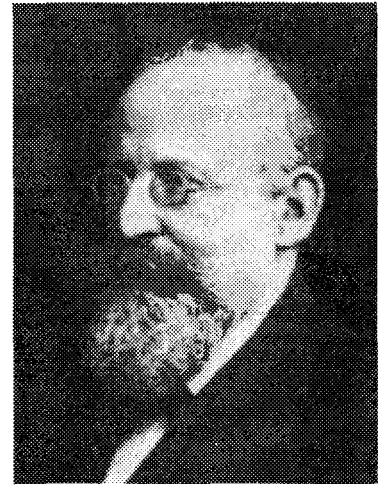
Anarchismus schrieb, die meisten davon auf englisch. Trotz und zum Teil wegen seiner Stellung als führender Theoretiker des Anarchismus gewann Kropotkin Anerkennung bis in „respektable“ britische Intellektuellenkreise hinein. So stammt von ihm der Abschnitt über Anarchismus in der Ausgabe der *Encyclopedia Britannica* von 1910. Er nahm häufig an Sitzungen der Royal Geographical Society teil, wo er sich demonstrativ weigerte, sich zu erheben und auf das Wohl von Königin Victoria anzustoßen. Aber Kropotkins freundschaftliche Beziehungen zu liberalen britischen Intellektuellen sollten mit der Zeit Auswirkungen auf den russischen Radikalen im Exil haben. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte sich Kropotkin begeistert auf die Seite der Regierung Ihrer Königlichen Majestät und des mit ihr verbündeten zaristischen Rußlands gegen Deutschland.

Kropotkins Eintauchen in britische bürgerliche intellektuelle Kreise formte auch die Entwicklung – oder vielmehr Evolution – seiner eigenen anarchistischen Doktrinen. Die „fortschrittlichste“, dem Zeitgeist entsprechende Schule der triumphalistischen bürgerlichen Ideologie im spätviktorianischen England war der Sozialdarwinismus. T. H. Huxley, Herbert Spencer und ihre reaktionären Mitstreiter vulgarisierten und entstellten Darwins Theorie von der Evolution durch natürliche Auslese, um damit kapitalistischen Wettbewerb und imperialistische Eroberungen zu rechtfertigen. Das „Überleben des Stärkeren“ wurde als das Hauptgesetz des evolutionären Fortschritts ausgegeben, sei es bei Insekten, Nagetieren oder den menschlichen Bewohnern des heutigen Europas. Der Bankrott von kleinen Familienunternehmen oder Bauernhöfen wurde verglichen mit dem Aussterben von Vogel- oder Säugetierarten, denen es nicht gelungen war, sich an eine sich ändernde natürliche Umwelt anzupassen. Für Huxley und Spencer war ein Arbeiter, der ein Vorarbeiter wurde – oder insbesondere ein erfolgreicher Industrieller –, vergleichbar mit einem starken männlichen Tiger, der sich gegen einen schwächeren Rivalen durchsetzt, wenn sie darum kämpfen, wer sich mit einer Tigerin paaren kann.

Kropotkin akzeptierte die Grundvoraussetzung des Sozialdarwinismus, aber er gab der Doktrin einen linken Anstrich. Auch er glaubte, daß die menschliche Gesellschaft von unveränderlichen Gesetzen regiert werde, die auf alle lebenden Kreaturen anwendbar seien, und daß alle individuellen Mitglieder der Menschheit so handeln sollten, daß sie die Interessen der Spezies *Homo sapiens* fördern. Kropotkin war jedoch der Auffassung, daß Kooperation, nicht Konkurrenz zwischen den Einzelpersonen und Gruppen der Hauptmechanismus für evolutionären Fortschritt sei. Während Huxley, Spencer & Co. behaupteten, daß die unteren Klassen ihr Los hinnehmen müßten wegen des zukünftigen Fortschritts der Menschheit, appellierte Kropotkin an die wohlhabenden Kapitalisten, für das Gemeinwohl Opfer zu bringen.

Anfang der 1890er Jahre schrieb Kropotkin in einer wis-

Amsterdamer Kongreß der Zweiten (Sozialistischen) Internationale, 1904, verabschiedete Resolution, die jede Beteiligung an bürgerlicher Regierung verurteilte. Aber der Einfluß reformistischer Strömungen, für die Eduard Bernstein (rechts) von der SPD ein Musterbeispiel war, nahm weiter zu



Frederick A. Praeger, Inc.

senschaftlichen Zeitschrift eine Reihe von polemischen Artikeln gegen T. H. Huxley, die später als das Buch *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* (1910) veröffentlicht wurden, wobei die Hauptschlußfolgerung war:

„Im Tierreich haben wir gesehen, daß die übergroße Mehrheit der Arten in Gesellschaften leben, und daß sie in der Vereinigung die besten Waffen für den Kampf ums Dasein finden: dies Wort natürlich in seinem weiten Darwinistischen Sinne genommen – nicht als ein Kampf um die nackten Existenzmittel, sondern als Kampf gegen alle natürlichen Umstände, die der Art ungünstig sind. Die Tierarten, in denen der Kampf zwischen Individuen auf sein engstes Gebiet beschränkt ist, und wo die Betätigung gegenseitiger Hilfe den größten Umfang angenommen hat, sind unweigerlich die zahlreichsten, die bestgestellten und zum Fortschritt geeignetsten...“

In der Betätigung gegenseitiger Hilfe, die wir bis in die ersten Anfänge der Entwicklung verfolgen können, finden wir also den positiven und unzweifelhaften Ursprung unserer Moralvorstellungen; und wir können behaupten, daß in dem ethischen Fortschritt des Menschen der gegenseitige Beistand – nicht gegenseitiger Kampf – den Hauptanteil gehabt hat. In seiner umfassenden Betätigung – auch in unserer Zeit – erblicken wir die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechts.“

Die Ansichten, die hier zum Ausdruck kamen, waren keineswegs eine Eigenart von Kropotkin, sondern waren ein *zentrales Element* der damaligen anarchistischen Doktrin. So

Fortgesetzt auf Seite 26

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 25

heißt es in Errico Malatestas Broschüre *Anarchie* von 1891, die als eine grundlegende Erläuterung dieser gesellschaftlichen und politischen Philosophie geschrieben wurde: „Der Grundsatz ‚Jeder für sich selbst‘, welcher den Krieg Aller gegen Alle bedeutet, hat im Laufe der Geschichte den Kampf der Menschen gegen die Unbilden der Natur, welcher allein den Wohlstand der Menschheit sichern kann, gelähmt, verwirrt und irreführt, denn derselbe kann nur so mit Erfolg geführt werden, wenn er sich auf den Grundsatz aufbaut: ‚Alle für jeden und jeder für Alle!‘“

Wir haben betont, daß der Anarchismus als eine Ideologie im wesentlichen *klassenkollaborationistisch* ist, denn er postuliert, daß alle Menschen gemeinsame Interessen und Werte haben, die auf der natürlichen Ordnung der Dinge beruhen. In *Gegenseitige Hilfe* appelliert Kropotkin ausdrücklich an wohlhabende Kapitalisten, sich nicht der übrigen menschlichen Gemeinschaft zu entfremden:

„Menschen, die Reichtümer gesammelt haben, finden in ihnen sehr oft nicht die erwartete Befriedigung...“

Das Bewußtsein der Solidarität der Menschen beginnt sich einzustellen; und obschon das Gesellschaftsleben so eingerichtet ist, daß dieses Gefühl durch tausend künstliche Mittel unterdrückt wird, bekommt es doch oft die Oberhand; und dann versuchen sie, diesem tiefgewurzelten menschlichen Verlangen Luft zu machen und geben ihr Vermögen oder ihre Kraft für eine Sache, die nach ihrer Meinung dem allgemeinen Wohle förderlich ist.“

Hier degeneriert der Anarchismus in die Propagierung bürgerlicher Philanthropie.

Kropotkins sozialdarwinistische Version des Anarchismus wäre heute eine historische Kuriosität, wenn nicht in den letzten Jahren eine vom Wesen her ähnliche Doktrin und Bewegung in Gestalt des „grünen“ Radikalismus entstanden wäre. Von einem „grünen“ Standpunkt aus werden die Direktoren der Weltbank, die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet und landlose Bauern in Indien als gleichberechtigte Mitglieder der Menschheit angesehen, deren Verhalten sich nach dem zukünftigen Wohlergehen der menschlichen Spezies (und anderer Spezies) richten sollte.

Die ideologische Verwandtschaft zwischen klassischem Anarchismus und Öko-Radikalismus wird vom amerikanischen Akademiker Murray Bookchin personifiziert. Auf dem Höhepunkt des neulinken Radikalismus in den 60er und frühen 70er Jahren war er ein Vertreter des „Anarchismus in der Überflußgesellschaft“, der dem Zeitgeist gemäß an Jugendliche appellierte, „deren Leben frustriert ist durch Konsumrausch, eintönige Vororte, die Massenmedien, die Familie, die Schule, den Supermarkt und das vorherrschende System unterdrückter Sexualität“. In den letzten Jahren ist Bookchin zu einem Guru des „grünen“ Radikalismus geworden, der eine „Philosophie der sozialen Ökologie“ vertritt, die im wesentlichen identisch ist mit Kropotkins Anarchismus der „Gegenseitigen Hilfe“:

„Ich spreche von der Fähigkeit der Menschheit, zugunsten einer Ausrichtung innerhalb der Natur einsichtsvoll Schlußfolgerungen zu ziehen, vorauszusehen, zu wollen und zu handeln sowie die eigene Entwicklung der Natur zu steigern. Es ist auch eine Beleidigung der Natur, diese subjektiven Eigenschaften von der Natur zu trennen, sie so zu behandeln, als gingen sie nicht aus der evolutionären Entwicklung hervor und gehörten nicht implizit zur Natur in einem tieferen Sinn als das ‚Gesetz der Zähne und Klauen‘, das wir so leichtfertig der natürlichen Evolution als Metapher für die ‚Grausamkeit‘ und ‚Härte‘ dieses evolutionären Prozesses zuschreiben...“

Soziale Ökologie übernimmt von der Definition her die Verantwortung dafür, dem natürlichen Kern der Gesellschaft und der Menschheit einen ethischen Inhalt zu erzeugen, auszuarbeiten und zu geben.“

Da die Mitglieder des amerikanischen FBI, der französischen Bereitschaftspolizei und der Todesschwadronen in El Salvador auch zur Menschheit gehören, können sie vermutlich ebenso leicht von der „Philosophie der sozialen Ökologie“ überzeugt werden wie andere Vertreter unserer Spezies. So ist ironischerweise der Anarchismus – der sich selbst als kompromißlos feindlich gegenüber jedem Staat hinstellt – mit Vorstellungen vereinbar, daß die Kader des kapitalistischen Staates für die Sache der sozialen Befreiung gewonnen werden können.

Anarcho-Terrorismus: „Propaganda durch die Tat“

Anderswo dachten Anarchisten an andere Formen der Bewußtseinshebung. Die ursprüngliche bakunistische Bewegung Anfang der 1870er Jahre appellierte an die Ungeduld von linken Militanten, die auf der Stelle ins letzte Gefecht gegen die herrschenden Mächte ziehen wollten. Die Bewegung war am stärksten in Spanien und Süditalien, wo es Gelegenheiten für aufständische Aktivitäten gab, die es nirgendwo sonst in Europa gab. Spanien wurde durch eine Reihe von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen republikanischen und monarchistischen Fraktionen der Bourgeoisie und der Grundbesitzer erschüttert. Und trotz ihrer „antipolitischen“ und „staatsfeindlichen“ Haltung landeten die spanischen Bakunisten oft in örtlichen republikanischen Gremien zusammen mit bürgerlichen Liberalen. In Italien hatten die besitzenden Klassen gleich nach den Kriegen des Risorgimento, die das Land vereinigt hatten, noch keinen starken zentralisierten Staatsapparat aufgebaut. Italienische Bakunisten, unter denen der junge Errico Malatesta herausragte, waren daher imstande, eine Zeit lang in den Bauerndörfern Kalabriens Guerillakrieg zu führen.

Mit der zunehmenden Stabilisierung der europäischen bürgerlichen Ordnung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts machte die bakunistische Aufstandspolitik dem Anarcho-Terrorismus Platz, einer Ideologie der Verzweiflung, wonach individuelle Gewaltakte die geknechteten Massen aufrütteln sollten. In den 1880er und 1890er Jahren brachten Anarchisten einen Präsidenten von Frankreich, einen Präsidenten der USA, einen König von Italien, einen Ministerpräsidenten von Spanien, eine Kaiserin von Österreich-Ungarn und eine Reihe unbedeutenderer Persönlichkeiten um. 1886 warf ein gewisser Charles Gallo eine Flasche mit Schwefelsäure von der Galerie der Pariser Börse auf eine Gruppe von Börsenmaklern und ihren Angestellten. Dem ließ er drei Revolverschüsse folgen, ohne jedoch irgendjemanden zu treffen. Bei seinem Prozeß rief Gallo: „Es lebe die Revolution! Es lebe der Anarchismus! Tod der bürgerlichen Richterschaft! Haufen von Idioten!“ Den Geschworenen erklärte er, daß er, als er Säure auf das Börsenparkett geworfen habe, „für die anarchistische Doktrin einen Akt der Propaganda durch die Tat“ durchgeführt habe (zitiert in James Joll: *Die Anarchisten*, 1964).

In Malatestas Broschüre *Anarchie* steht, „daß im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft, wo die große Mehrzahl der Menschen von Elend erdrückt und von Aberglauben verblödet ist, das Geschick der Menschheit von der Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Menschen abhängt“. Die „Propaganda durch die Tat“ war eine extreme Form des anarchistischen Grundsatzes, daß die Aktionen einer kleinen Zahl von Einzelpersonen notwendig seien, um

den Geist der Revolte unter der unbeweglichen Mehrheit zu inspirieren und zu ermutigen. Die Ermordung eines französischen Präsidenten oder eines spanischen Ministerpräsidenten hielt man für eine exemplarische Erhebung, die demonstrieren sollte, daß der Staat gegenüber revolutionärer Gewalt schutzlos sei.

Natürlich fand die Bourgeoisie daran überhaupt keinen Gefallen. Der wild dreinblickende, bombenwerfende Anarchist wurde eine stereotype Figur in der allgemeinen politischen Kultur und wurde dazu benutzt, die bürgerliche Repression zu rechtfertigen. Der britische sozialdemokratische



Radio Times Hulton

Errico Malatesta, einer der ersten italienischen Bakunisten und sein ganzes Leben lang Anarchist, war ein ehrenhafter Kämpfer für die Unterdrückten

Historiker G. D. H. Cole sagte dazu: „Solche Personen neigten in den 1880er und 1890er Jahren dazu, sich zu anarchistischen Auffassungen zu bekennen, obwohl ihr Anarchismus nur wenig gemeinsam hatte mit dem von solchen Männern wie Kropotkin“ (*Socialist Thought: Marxism and Anarchism, 1850–1890* [Sozialistisches Denken: Marxismus und Anarchismus, 1850–1890], 1954). Zwar haben Kropotkin und Malatesta in ihren letzten Lebensjahren den Terrorismus nicht ermutigt, doch haben sie ihn niemals zurückgewiesen oder diejenigen, die ihn ausübten, denunziert. Indem sie das System mit seinen Symbolen und Agenten, die Krankheit mit ihren Symptomen verwechseln und an großspurige „Aktionen“ von Minderheiten glauben, appellieren die anarchistischen Propagandisten an impressionistische politische Impulse, die beileibe nicht nur die Angelegenheit einer längst vergangenen Zeit sind. Elemente der neuen Linken der 60er Jahre zum Beispiel waren stark vom Geist des symbolischen Terrorismus beeinflusst, auch wenn ihre Praxis einen eher stellvertretenden und sogar „gewaltfreien“ Charakter hatte.

Was genau bedeutete „Propaganda durch die Tat“? Wie sollten solche Taten die anarchistische Sache fördern? 1879 forderte die erste Ausgabe von *Le Révolté*, herausgegeben von Kropotkin: „Permanente Revolte in mündlicher Rede, in Schriftform, durch den Dolch, die Flinte, Dynamit ... Alles, was außerhalb der Legalität liegt, ist gut für uns.“ Für die Anarchisten war der Hauptfeind der Staat, gefolgt von

der Kirche. Hierbei ist es wichtig, nicht zu vergessen, daß die Bewegung ihren Ursprung und ihr Zentrum im romanischen Teil Europas hatte, wo die römisch-katholische Kirche immer noch Staatsreligion war. Die Anarchisten sahen ihre Hauptaufgabe darin, mit allen Mitteln den traditionellen Respekt der Massen gegenüber der Autorität – Regierungsbeamten, der Polizei, den Richtern, Priestern und Bischöfen – zu überwinden.

Während der Spanischen Revolution und dem Bürgerkrieg Mitte der 30er Jahre wurde eine große Zahl von Kirchen niedergebrannt und viele Priester und andere Angehörige des Klerus umgebracht (Schätzungen reichen von mehreren hundert bis mehrere tausend). Ein anarchistisches Jugendmanifest jubelte: „Damit die Revolution eine Tatsache wird, müssen wir die drei Säulen der Reaktion zerstören: die Kirche, die Armee und den Kapitalismus. Die Kirche ist schon zur Rechenschaft gezogen worden. Die Tempel sind durch Feuer zerstört worden und der kirchlichen Krähen, die nicht entkommen konnten, hat sich das Volk angenommen“ (*Tierra y Libertad* [Barcelona], 13. August 1936). Andererseits gibt es eine Reihe von Berichten, daß Einheiten der anarchistischen Miliz das Niederbrennen von Kirchen gestoppt haben. Zwar zeichnen sich Revolutionen, besonders gegen halbfeudale Bedingungen, häufig durch eine Explosion von Wut gegen die Unterdrücker aus, doch die Angriffe auf Kirchen in Spanien hatten die Empörung der katholischen Gläubigen zur Folge und stärkten entsprechend die Kräfte der Reaktion unter Franco.

Der Kampf gegen die Religion besteht in erster Linie nicht darin, den Aberglauben zu vertreiben, sondern darin, ein Gesellschaftssystem loszuwerden, das Menschen zur Verzweiflung treibt. Wie der junge Marx schrieb, als er ein *materialistisches* Verständnis der Gesellschaft entwickelte:

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.“

Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.*“ [Hervorhebung im Original] (Karl Marx: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1843/44“)

Wir Kommunisten wollen die Bedingungen für Verelendung, Unterdrückung und soziale Erniedrigung beseitigen, die Männer und Frauen dazu bringen, vor Priestern niederzuknien und Altäre anzubeten.

Die Existenz des Staates und der Kirche stammt nicht von den subjektiven Einstellungen der Massen und hängt auch nicht von ihnen ab. Staat und Kirche sind zentrale Institutionen in allen Gesellschaften, die auf der Aneignung der Mehrarbeit der unmittelbaren Produzenten durch eine Eigentum besitzende Klasse beruhen. Wir Kommunisten wollen den Werktätigen das Bewußtsein vermitteln – durch Kämpfe ebenso wie durch Propaganda und Agitation –, daß der Staatsapparat (die Armee, die Polizei, die Richterschaft usw.) in kapitalistischen Ländern ein geschäftsführender Ausschuß ist, der ihre Ausbeutung durch die Bankiers, Industriellen, Grundbesitzer usw. erzwingt. Sobald die ausgebeuteten Massen den wirklichen Charakter des bürgerlichen Staates verstehen, steht nicht die Ermordung von Regierungsvertretern auf der Tagesordnung, sondern die proletarische Revolution.

[WIRD FORTGESETZT]

China...

Fortsetzung von Seite 32

Durch Drohungen mit Wirtschaftssanktionen und anderen Maßnahmen hat Washington alles daran gesetzt, daß die Beijinger Bürokratie die Kampagne für einen voll entfaltenen Kapitalismus verschärft. Im Augenblick fordern die USA und andere imperialistische Mächte, daß China die Investitionen in den staatseigenen Industriezweigen zusammenstreicht als eine Bedingung für den Beitritt zur Welt Handelsorganisation und „um die Öffnung der Wirtschaft des Landes zu beschleunigen“ (*New York Times*, 2. März). Hinter dem ganzen zeichnet sich die Rivalität zwischen den USA und Japan über die wirtschaftliche Vorherrschaft in der Region ab. Beide liegen im Clinch um das „Recht“ auf schrankenlose Ausbeutung von Chinas riesigem Proletariat und sind im Wettrennen um das rohstoffreiche Sibirien, das als Resultat der Zerstörung der Sowjetunion wieder der Ausplünderung durch die Imperialisten offensteht. Hier sei daran erinnert, daß der Zweite Weltkrieg im Pazifik in erster Linie um die Kontrolle über China geführt wurde. Diese Trophäe wurde jedoch dem amerikanischen Imperialismus durch die Revolution von 1949 aus den Händen gerissen. Wir Trotzlisten sind immer für die bedingungslose militärische Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaates gegen den Imperialismus eingetreten, einschließlich der Verteidigung seines Rechts auf Atomwaffen.

Von Anfang an hat die stalinistische Bürokratie Chinas die Errungenschaften der Revolution durch ihre nationalistische Feindseligkeit gegenüber der internationalen Ausweitung der sozialistischen Revolution unterminiert, statt dessen hat sie eine Versöhnung mit dem Imperialismus angestrebt. Heute nähert sich China immer mehr einem entscheidenden Wendepunkt. Ob es den immer selbstbewußter auftretenden Kräften der kapitalistischen Restauration gelingt, die Errungenschaften von Chinas sozialer Revolution zu zerstören, oder ob sie durch eine proletarisch-politische Revolution, die die eigennützige stalinistische Bürokratie hinwegfegt, besiegt werden, wird nicht nur über das Schicksal des chinesischen Volkes entscheiden, sondern wird auch gewaltigen Einfluß auf die Länder ganz Ostasiens und darüber hinaus haben.

China am Scheideweg

Die politischen Erben von Mao Zedong haben die Chinesische Revolution an den Rand des Abgrunds gebracht. Als Maos Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und seine bäuerliche Guerillaarmee 1949 dem nationalistischen Guomintang-Regime (Kuomintang) von Tschiang Kaischek die Macht entriß, wurde damit die kapitalistische Herrschaft zerschlagen und das Land von seiner Unterordnung unter den japanischen und westlichen Imperialismus befreit. Der revolutionäre Umsturz schuf die Bedingungen für enorme Errungenschaften für Arbeiter, Bauern und Frauen. Die Chinesische Revolution war eine gewaltige Niederlage für die USA und die anderen imperialistischen Mächte. Das wurde deutlich bei der Intervention von Chinas Volksbefreiungsarmee (VBA) im Koreakrieg 1950–53, die Nordkorea davor rettete, vom US-Imperialismus und seinem südkoreanischen Marionettenregime überrannt zu werden.

Aber das, was aus der Revolution von 1949 entstand, war ein *bürokratisch deformierter* Arbeiterstaat, beherrscht von einer parasitären Kaste, an deren Spitze die Führung der KPCh und der VBA stand. Ein entscheidender Faktor für dieses Ergebnis war der atomisierte Zustand des chinesischen Proletariats nach Jahren des stalinistischen Verrats (vor allem bei der Niederlage der Chinesischen Revolution 1925–27), des Guomintang-Terrors, der Besetzung durch den japanischen Imperialismus und des scharfen wirtschaft-

lichen Niedergangs im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Nach dem Modell von Stalins UdSSR stützte sich die maoistische Herrschaft auf das antimarxistische Dogma vom Aufbau des „Sozialismus“ in einem einzigen Land. Dieses nationalistische Schema verleugnete das grundlegende marxistische Verständnis, daß der Sozialismus nur auf dem höchsten Niveau der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufgebaut werden kann – was eine internationale sozialistische Planung notwendig macht –, und drückte damit die privilegierten Interessen der bürokratischen Kaste aus, die in der Sowjetunion 1923/24 die Macht an sich gerissen hatte, und ihres Pendantes in China, das von Anfang an die Volksrepublik beherrscht hat.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92 nach jahrzehntelangem militärischen und besonders wirtschaftlichen Druck seitens des Weltimperialismus demonstrierte, wie falsch dieses stalinistische Schema war. Aber wenn „Sozialismus in einem Land“ schon unter sowjetischen Bedingungen utopisch und reaktionär war, dann galt dies um so mehr im rückständigen China, das unter dem Gewicht einer verelendeten Bauernschaft ächzte, die drei Viertel seiner Bevölkerung ausmachte. Jetzt, in der „nachsowjetischen“ Welt, hat sich der imperialistische Druck auf China und die anderen übriggebliebenen deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Kuba, Vietnam – qualitativ verschärft. Als Reaktion auf diesen Druck haben die Beijinger Stalinisten China noch enger an den Weltkapitalismus gebunden und die Markt„reformen“ ausgeweitet, während sie eine rigide Kontrolle über die aufsässige Bevölkerung aufrechterhalten. 1992 veranstaltete Deng mit viel Publicity eine Tour durch Südchinas kapitalistische „Sonderwirtschaftszonen“ (SWZ), bei der er dazu aufrief, das Unternehmertum des „freien Marktes“ auf das ganze Land auszuweiten.

Im Gegensatz zur Oktoberrevolution von 1917, die die russische Bourgeoisie als eine Klasse zerstörte, verjagte die Chinesische Revolution im wesentlichen die Guomintang vom Festland nach Taiwan, Hongkong und anderswohin, was es der chinesischen Bourgeoisie erlaubte, den Zusammenhalt als Klasse zu behalten. Tatsächlich hat das chinesische Auslandskapital vor kurzem Japan als Hauptquelle zur Finanzierung von Investitionen in Ostasien abgelöst und ist durch Investitionen in den SWZs auch auf das chinesische Festland vorgedrungen.

Diese Gefahr wird sich demnächst erheblich verstärken. Am 1. Juli wird Hongkong nach 150 Jahren als britische Kolonie zu China zurückkehren, wobei das Beijinger Regime erklärt – nach dem Motto „ein Land, zwei Systeme“ –, daß es Hongkongs kapitalistischen Magnaten kein Härchen krümmen wird. Beijing beabsichtigt, mit der Übernahme Hongkongs ein Signal zu setzen für sein Ziel der Wiedervereinigung mit Taiwan auf kapitalistischer Grundlage. Wie unsere Genossen von der Spartacist League/Britain in einem Artikel mit der Überschrift „Britannien raus aus Hongkong!“ (*Workers Hammer* Nr. 109, September 1989) erklärt haben, sind wir für „ein Land, ein System – unter Arbeiterherrschaft!“

Die Träume der Bürokraten und der Bankiers von einer friedlichen, Wohlstand bringenden Restauration des Kapitalismus sind eine Illusion. Der Staat, den die Stalinisten verwalten, stützt sich auf die Revolution, die die chinesische Bourgeoisie verjagt und eine verstaatlichte Wirtschaft geschaffen hat. Die Ziele von Chinas Mächtigen-Ausbeutern – zentral dabei ist die Verankerung des Rechts, Eigentum erwerben und verkaufen und es an die eigenen Nachkommen weitervererben zu dürfen – können nur dadurch erreicht werden, daß der bestehende Staatsapparat auf die eine oder andere Weise zerstört und durch einen neuen ersetzt wird, der sich auf das Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln stützt.

Der Londoner *Economist* (22. Februar) – das Hausorgan der internationalen Finanzkreise – wies darauf hin, daß „China vor Neid und Geldgier brodeln, die von Herrn Deng entfesselt wurden“, während eine politisch-gesetzliche Struktur zur Verteidigung von Eigentumsrechten „völlig fehlt“. Die umfassende Privatisierung von Chinas staats-eigenen Industriezweigen würde notwendigerweise zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen, Cliques und Großfamilien, aus denen die Bürokratie besteht, über die Frage führen, wer welchen Teil des Produktivvermögens des Landes in die Hände kriegt.

Diese Jagd nach Eigentum würde so gut wie sicher das Militär als letzten Schiedsrichter auf den Plan rufen. Die



Reuters

Chris Patten, scheidender britischer Kolonialaufseher von Hong Kong, mit dem von Beijing ernannten Ersatzmann Tung Cheehwa

VBA, die während des Bürgerkriegs gegen die Truppen von Tschiang und während des antijapanischen Widerstands der 30er und 40er Jahre geformt wurde, hat immer noch ihre im Grunde regionale Struktur beibehalten und hat sich außerdem immer stärker bei eigenen geldbringenden Unternehmen engagiert. Ein Machtkampf in Beijing könnte leicht zu einem Bürgerkrieg zwischen VBA-Einheiten eskalieren, der auf regionaler Basis ausgefochten wird. Eine kapitalistische Konterrevolution würde nicht nur einen wirtschaftlichen Zusammenbruch und Verelendung nach sich ziehen, sondern auch die Gefahr einer Rückkehr der Kriegsherren und eines blutigen politischen Chaos.

Das Schreckgespenst Tiananmen

Die einzige Kraft, die den Drang zur Restauration des Kapitalismus stoppen kann, ist das chinesische Proletariat. Die diskreditierte stalinistische Bürokratie lebt in der Angst, daß ihr wieder eine Massenerhebung wie im Mai/Juni 1989 drohen könnte. Es hatte mit Studentenprotesten auf Beijings Tiananmen-Platz begonnen, dann haben sich die Werktätigen von Beijing, denen sich später ihre Klassenbrüder und -schwestern im ganzen Land angeschlossen haben, in die Schlacht gegen das verachtete Deng-Regime geworfen. Zwei Wochen lang konnte die Regierung den von ihr verhängten Ausnahmezustand nicht durchsetzen angesichts des Massenwiderstands der Laobaixing (der gewöhnlichen Leute) auf der Straße, der zum Tiananmen führte. Wir schrieben damals: „Es waren die Anfänge einer Revolte der Arbeiterklasse gegen Dengs Programm vom ‚Aufbau des Sozialismus mit kapitalistischen Methoden‘, die den Protesten ihren massenhaften und potentiell revolutionären Charakter gaben“ (*WV* Nr. 480, 23. Juni 1989). Eine politische Revolution war im Entstehen. Schließlich gelang es dem Regime, loyale Armee-Einheiten zu finden, die den Aufstand im Blut ertränkten. Dem folgte eine brutale Welle der Repression in ganz China, die sich hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse richtete.

Auch wenn die Repression Blutopfer forderte, wurde das Proletariat nicht zerschlagen. Und heute sind alle Faktoren,

die vor acht Jahren zum Tiananmen-Aufstand führten, in verstärkter Form vorhanden: ungeheuerliche Beamtenskorrption, Inflation, massive Unzufriedenheit der Bauern. Weil das Regime als Ziel hat, „die eiserne Reisschüssel zu zerschlagen“, nämlich die Garantie von lebenslanger Beschäftigung und Sozialleistungen, wächst die wirtschaftliche Unsicherheit. Die Feindseligkeit in der Bevölkerung gegen die millionenschweren Söhne von hohen KPCh-Führern (genannt die „kleinen Fürsten“) ist um so größer, weil das Regime auf der Chinesischen Revolution beruht, die als Ideologie den Egalitarismus verkündet hat. Am Tag, als Dengs Tod bekanntgegeben wurde, beklagte sich in Beijing ein Arbeiter auf Rente, der am Straßenrand Fahrräder repariert, erbittert gegenüber einem westlichen Journalisten: „Früher waren alle gleich. Jetzt können noch nicht einmal Absolventen einer höheren Schule einen Job finden.“

Seit 1991 hat die Zahl von Streiks und Protesten von Arbeitern sowohl in staatseigenen als auch in privatkapitalistischen Industrien Jahr für Jahr zugenommen. Im Unterschied zu den Arbeitern in Polen, Ostdeutschland und der Sowjetunion, die nach jahrzehntelangen stalinistischen Lügen zum größten Teil der westlichen Propaganda aufgesessen waren, daß der Kapitalismus des „freien Marktes“ ihnen ein Leben im Überfluß ermöglichen würde, haben die chinesischen Arbeiter die „Magie des Marktes“ schon miterlebt und wissen, daß sie nicht zu den Gewinnern gehören werden.

Einige Dissidenten aus der Tiananmen-Ära haben sich dafür eingesetzt, Gewerkschaften zu organisieren, die in Opposition zum korporatistischen Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbund des Regimes stehen, besonders in den kapitalistischen SWZs. Solche Aktivisten können in ihrem Kampf für Arbeiterrechte sowohl gegen die Bosse als auch gegen die chinesischen Polizeikräfte ganz heroisch sein. Wir Marxisten warnen jedoch vor denjenigen, die wie Han Dongfang in Verbindung stehen mit der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie in Hongkong und mit dem amerikanischen AFL-CIO, dessen Führer jahrzehntelang als Agenten des US-Imperialismus in der Gewerkschaftsbewegung fungiert haben.

Die Zunahme von Arbeitskämpfen in China weist darauf hin, daß die Arbeiterklasse nicht kampfflos zusehen wird, wie man sie um ihre Rechte bringt. Doch Militanz auf der ökonomischen Ebene reicht nicht aus, um die konterrevolutionäre Welle zu stoppen. Um dies zu tun, muß die Arbeiterklasse die politische Arena betreten. Wie der russische revolutionäre Führer Leo Trotzki in seiner Analyse der Degeneration der Russischen Revolution unter dem Stalinismus, *Verratene Revolution* (1936), schrieb, ist die Frage: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?“ Die Trotzkiisten kämpften für ein Programm der *proletarisch-politischen Revolution*, die von einer bolschewistischen Partei geführt wird, um die Bürokratie wegzufegen, die Herrschaft von Arbeitersowjets (Arbeiterräten) zu errichten und der Sowjetunion ihre Rolle als das Hauptquartier der sozialistischen Weltrevolution zurückzugeben.

Genau dieses Programm wird heute in China gebraucht, wenn die Arbeiter und die verarmten Bauernmassen aus den bevorstehenden Klassenschlachten als Sieger hervorgehen sollen. Als Teil unseres Kampfes zur Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale als der Weltpartei der sozialistischen Revolution will die Internationale Kommunistische Liga in China eine egalitär-kommunistische Partei aufbauen, deren Grundlage das Programm von Lenins und Trotzki's Bolschewiki ist. Eine solche Partei würde den Kampf gegen die Beijinger Bürokratie mit den Klassenkämpfen der militanten indonesischen und südkoreanischen Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Herrscher verbinden,

Fortgesetzt auf Seite 30

China...

Fortsetzung von Seite 29

und mit den Kämpfen in den imperialistischen Zentren wie z. B. Japan. Nur durch die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf diese Länder wird die Gefahr der erneuten kapitalistischen Versklavung ein für alle Mal beseitigt und die Basis für die Entwicklung Chinas in einem sozialistischen Asien gelegt.

Chinesischer Stalinismus von Mao bis Deng

Der Abscheu gegen die allgegenwärtige Korruption im öffentlichen Leben Chinas hat dazu beigetragen, daß man mit einer gewissen Wehmut an die Zeit von Mao Zedong denkt. Doch wenn auch Mao die KPCh aufgefordert hat, „dem Volk zu dienen“, und Deng verkündet hat, „reich werden ist herrlich“, so repräsentieren die beiden doch nur unterschiedliche Pole derselben antiproletarischen Bürokratie.

Die maoistische Herrschaft war von extremem Voluntarismus und Abenteuerertum gekennzeichnet. Im Anschluß an die Kollektivierung der Landwirtschaft entfesselte Mao 1958 den „Großen Sprung nach vorn“ – ein utopischer Versuch, China durch die Massenmobilisierung von bäuerlichen Arbeitskräften in den Rang einer Industrienation zu katapultieren. Die Kampagne führte zu extremen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen und zu einer der schlimmsten Hungersnöte der Geschichte. Daraufhin verlor Mao die Führung der zentralen Bürokratie an eine eher pragmatische Fraktion unter der Führung von Liu Shaoqi und Deng. 1966 brachte Mao die „Kulturrevolution“ in Gang – im wesentlichen ein gigantischer Fraktionskampf innerhalb der Bürokratie. Im Verlauf der „verlorenen zehn Jahre“, wie man diese Periode später nannte, wurden Universitäten und einige Fabriken geschlossen und Wissenschaftler aufs Land geschickt, damit sie „von den Bauern lernen“.

Während Liu, der einer Säuberung zum Opfer fiel, im Gefängnis starb, überlebte Deng und wurde 1973 von Mao und seinem nächsten Untergebenen, Ministerpräsident Zhou Enlai, in die KPCh-Führung zurückgeholt. 1978, zwei Jahre nach Maos Tod und der Säuberung der fanatischen Pro-Mao-„Viererbande“, übernahm Deng die Parteiführung. In den nächsten paar Jahren wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeführt, die das Land für Auslandsinvestitionen öffneten, die kollektiviert Landwirtschaft auseinanderbrechen ließen und das Privatunternehmertum ermutigten.

Trotz der Behauptungen von treuen Mao-Anhängern wie

der Revolutionary Communist Party in den USA, daß die Niederlage der „Viererbande“ und Dengs Aufstieg zur Macht der Beleg für Chinas Rückkehr zur kapitalistischen Herrschaft seien, war Deng in vielerlei Hinsicht Maos logischer Nachfolger. Das Ziel von Dengs Markt-„reformen“ war das gleiche wie von Maos wirtschaftlichem Abenteuerertum, das auf Autarkie setzte: China nicht nur in einen modernen Nationalstaat zu verwandeln, sondern sogar in eine Weltmacht. Die Modernisierung von China bleibt eine zentrale revolutionäre Aufgabe. Doch alle Flügel der stalinistischen Bürokratie waren und sind eingefleischte Feinde der einzigen Perspektive, mit der diese Aufgabe verwirklicht werden kann: die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf fortgeschrittene kapitalistische Länder wie Japan, die im Rahmen einer internationalen Planung die technischen Ressourcen zur Verfügung stellen können, die notwendig sind, um China zu modernisieren.

Die Einführung von kapitalistischen Maßnahmen unter Deng folgt einem Muster, das der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie eigen ist. Um effektiv zu funktionieren, muß die zentral geplante Wirtschaft, die eine Voraussetzung für eine sozialistische Entwicklung ist, von einer Regierung aus demokratisch gewählten Arbeiterräten verwaltet werden. Aber die stalinistischen Irreführer stehen jedem Ausdruck von Arbeiterdemokratie feindlich gegenüber und erteilen statt dessen willkürliche administrative Befehle. Angesichts der Unausgewogenheiten, die in einer bürokratisch geführten Planwirtschaft unvermeidlich entstehen, sehen sich die stalinistischen Regime gezwungen, kapitalistische Marktmethoden einzuführen: Lockerung der Wirtschaftsplanung, die Auflage an Fabriken, für den Markt zu produzieren, und die Ermutigung des Wachstums von Privatgeschäften und von Auslandsinvestitionen.

Für proletarischen Internationalismus!

Was die Regime von Mao, Deng und dem gegenwärtigen chinesischen Führer Jiang Zemin verbindet, ist der für den Stalinismus typische Nationalismus, der bei Mao gefärbt war von einer fremdenfeindlichen Verherrlichung der chinesischen Bauernkultur. In seinen Anfangsjahren war das KPCh-Regime mit der Sowjetunion verbündet. Aber Ende der 50er Jahre führten die Beschwerden Beijings über unzureichende sowjetische Hilfe und das eigene „Großmacht“-streben der Maoisten zu einem Bruch mit Moskau. Innerhalb weniger Jahre verkündete Mao, daß der „sowjetische Sozialimperialismus“ eine noch größere Gefahr als die USA sei, eine Position, die genau mit dem strategischen Ziel der US-Herrscher übereinstimmte, den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören.

Die kriminellen Auswirkungen des Zusammenstoßes zwischen den rivalisierenden stalinistischen Bürokratien in Moskau und Beijing konnte man im Vietnamkrieg sehen, wo Maos China die sowjetische Militärhilfe an die nordvietnamesische Armee und die Nationale Befreiungsfront im Süden blockierte, als diese gegen den US-Imperialismus und dessen südvietnamesische kapitalistische Handlanger kämpften. Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, als Radikale auf der ganzen Welt Maos China als eine revolutionäre Alternative zu den verknöcherten Krembürokraten bejubelten, erklärte die Spartacist League, daß angesichts der Feindseligkeit von Maos Regime gegenüber der Sowjetunion „die Gefahr einer imperialistischen Allianz mit China gegen die Russen nicht außer acht gelassen werden kann“ („Chinese Menshevism“ [Chinesischer Menschewismus], *Spartacist*, englische Ausgabe, Nr. 15/16, April/Mai 1970). Bestätigt wurde diese Vorhersage durch die offizielle Annäherung zwischen China und den USA, die dadurch signalisiert wurde, daß 1972, während US-Kriegsflugzeuge Vietnam bombardierten, der Kriegsverbrecher Richard

Neu auf chinesisches!

SPARTACIST 
March 1967

斯巴达克同盟
原则宣言

Declaration of Principles
of the Spartacist League

国际共产主义同盟 (第四国际主义者)
International Communist League
(Fourth Internationalist)

Z.A. # 851 L761 FF5 DM2 0075 (40x1,25 Mx1,5) 11.500 Realis. 50 Bände 1100 AS1 25 Z1125
01-

Grundsatzklärung der
Spartacist League/U.S.,
angenommen von
der SL-Gründungs-
konferenz im
September 1966

Chinesisch/englische
Ausgabe

10 Seiten

DM 2,- plus Porto

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde

Postfach 555

10127 Berlin

Konto 1 19 88-601

Postgiro Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60



Xinhua

Chinesischer Führer Jiang Zemin (Mitte oben) mit Li Peng und Deng, Schlächter des Tiananmen-Aufstandes 1989. Studentenproteste am Tiananmen-Platz führten zur beginnenden politischen Revolution, als die Arbeiter von Beijing (links) in den Kampf eintraten

Nixon in Beijing willkommen geheißen wurde.

Die Allianz zwischen den USA und China wurde unter Deng vertieft. Hauptzielscheibe war wieder Vietnam, nach der Niederlage der US-Imperialisten 1975 und der Wiedervereinigung des Südens mit dem deformierten Arbeiterstaat im Norden. Nachdem Hanoi 1979 Pol Pot, den für den Völkermord in Kambodscha verantwortlichen Führer und Beijings Alliierten, gestürzt hatte, marschierte China mit der stillschweigenden Unterstützung und Ermutigung durch Washington in Vietnam ein und erklärte, es würde „Vietnam eine blutige Lektion erteilen“. Beijings Verrat scharf verurteilend, erklärte die Spartacist League: „China: Sei kein Handlanger des US-Imperialismus!“ Letzten Endes war es die kampferprobte vietnamesische Armee, die Beijing eine Lektion erteilte.

Heute setzen sich Beijings Herrscher immer mehr für chinesischen Nationalismus ein – einschließlich der reaktionären „traditionellen“ konfuzianischen Werte – als eine Art ideologisches Bindemittel, um ihre Kontrolle aufrechtzuerhalten. Für Chinas werktätige Massen ist dies ein gefährlich falsches Bewußtsein, das dazu dient, ihre eigenen Interessen mit denen ihrer Möchtegern-Ausbeuter aus der chinesischen Bourgeoisie zu identifizieren.

Der reaktionäre Nationalismus, den Mao und Deng beide teilten, findet in China auch seinen Ausdruck in der Han-chauvinistischen Unterdrückung nationaler und ethnischer Minderheiten durch die Bürokratie. Das machte in den letzten Wochen wieder Schlagzeilen, als Beijings Truppen Proteste der turksprachigen, traditionell moslemischen Uiguren in der ganz westlich gelegenen Provinz Xinjiang brutal unterdrückte. Jahrzehntlang haben die Imperialisten die Forderung nach Unabhängigkeit für Tibet als Rammbock gegen den deformierten chinesischen Arbeiterstaat benutzt. Eine trotzkistische Partei in China würde danach streben, das Proletariat zur Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten gegen den Han-Chauvinismus zu mobilisieren. Während wir gegen die von den Imperialisten geförderten „Unabhängigkeits“bewegungen sind, verteidigen wir das Recht auf Unabhängigkeit für eine Tibetische Sowjetrepublik.

Für eine trotzkistische Partei in China!

Chinas Allianz mit den USA, initiiert unter Mao, trug dazu bei, Dengs „offene Tür“ für imperialistische Ausbeutung

vorzubereiten. Maos Erben leisten noch nicht einmal Lippenbekenntnisse für die Ziele des Sozialismus, statt dessen bieten sie sich offen als Kompradoren (einheimische Agenten) des Imperialismus an. Aber es gibt auch viele Anzeichen, die darauf hinweisen, daß es in der näheren Zukunft zu tumultartigen sozialen Kämpfen gegen Verelendung und Ausbeutung durch den „freien Markt“ kommen wird. Der Kampf für eine proletarisch-politische Revolution – für ein China der Arbeiter- und Bauernräte – muß verbunden werden mit der Verteidigung all derjenigen – Frauen, ethnischen und nationalen Minderheiten, der armen Landbevölkerung –, die bei der Kampagne zur Restauration des Kapitalismus unter Beschuß stehen.

Es muß besondere Maßnahmen geben, um die mehr als 100 Millionen notleidenden Wanderarbeiter aus den ländlichen Gebieten zu organisieren, die ein potentiell mächtiges Bindeglied zwischen der städtischen Arbeiterklasse und den Bauernmassen darstellen. Die „sozialistische Marktwirtschaft“ hat auch immer mehr die enormen Errungenschaften, die die Frauen als Ergebnis der Revolution von 1949 erreicht hatten, unterminiert, da viele Frauen in den Städten von ihrem Arbeitsplatz verdrängt werden und uralte Greuel wie der Verkauf von „Bräuten“ und die Ermordung von weiblichen Neugeborenen in ländlichen Gebieten wieder auftauchen. Wie wir in „China: ‚Free Market‘ Misery Targets Women“ [China: Das Elend des ‚freien Marktes‘ bedroht die Frauen] (*Women and Revolution* Nr. 45, Winter/Frühjahr 1996) schrieben: „Als ‚Volkstribun‘ würde eine Avantgardepartei mit aller Macht gegen die Versuche kämpfen, Frauen aus ihren hart erkämpften Positionen am Arbeitsplatz zu verdrängen, und würde die Werktätigen zur Verteidigung der Frauen mobilisieren, die von denjenigen überfallen werden, die mit der Versklavung von Frauen ein Geschäft machen.“

Um die Gefahr einer kapitalistischen Wiederversklavung zu zerschlagen und den Weg in eine sozialistische Zukunft freizumachen, müssen Chinas Arbeiter vor allem für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki und der frühen Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung von Chen Duxiu gewonnen werden, auf dem der Stalinismus jahrzehntlang herumgetrampelt hat. Für eine trotzkistische Partei in China, Sektion der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 663, 7. März 1997

SPARTAKIST

Wohin geht China?



Kubota/Magnum



Habib/Impact Visuals

„Marktreforemen“ der stalinistischen Bürokratie treiben China in die kapitalistische Restauration: Millionen verarmter Landarbeiter strömen in die Städte – Börsenkurse in Shanghai zeigen Erstarren kapitalistischer Kräfte

Im letzten Oktober gab es im Zentrum von Beijing die Eröffnungsgala des Chang-An-Clubs. Für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 9000 Dollar stehen hochrangigen Regierungsbeamten, Tycoons aus Hongkong, chinesischen Geschäftsleuten vom Festland und ausländischen Managern, die in Beijing leben, Tennisplätze, Bowlingbahnen, ein Swimmingpool, ein elektronischer Golf-Simulator, eine Sauna und Besprechungsräume zur Verfügung. Zwei Ampeln weiter bettelten ein über 70jähriger Mann und sein Enkel auf der Straße um ihre nächste Mahlzeit. Das ist ein gutes Beispiel dafür, was Chinas „oberster Führer“ Deng

Dengs Tod und die Krise des Stalinismus

Xiaoping, der Ende Februar gestorben ist, „Sozialismus chinesischer Prägung“ genannt hat.

In den Grabreden für Deng haben ihn die Führer des westlichen und japanischen Imperialismus als den „Architekten des modernen Chinas“ hochgejubelt. Aber es gab auch Anzeichen von Nervosität und Besorgnis darüber, daß mit Dengs Tod eine zentrale Säule der zerbrechlichen inneren Stabilität der volkreichsten Nation der Welt ver-

schwunden ist. Die Bürokraten in Beijing sind sich sehr wohl darüber bewußt, daß sie auf einem Vulkan allgemeiner Unzufriedenheit sitzen – geschürt durch die „Marktreforemen“, die ein Markenzeichen von Dengs Herrschaft waren. Selbst nicht offizielle Trauerbekundungen wurden durch eine massive Mobilisierung von Sicherheitskräften unterdrückt aus Furcht, sie könnten in politischen Protest umschlagen.

Man glaubt im Westen allgemein, daß das, was man früher „Rotchina“ genannt hat, kapitalistisch geworden sei oder sich so weit in diese Richtung entwickelt habe, daß es in der nächsten Zukunft automatisch kapitalistisch würde. Deng „Chose Capitalism“ [wählte den Kapitalismus], lautete die Schlagzeile auf der Titelseite der *New York Times*, als diese über seinen Tod berichtete. Doch selbst die *Times* erkennt, daß die Sache nicht so klar und einfach ist. Im redaktionellen Kommentar wurde Deng für „die Dynamik seiner Reforemen“ gepriesen, es gab aber auch die Sorge, „wie unvollständig und daher zerbrechlich diese Reforemen bleiben“. Der Begriff „Reforemen“ ist natürlich ein Codewort für die politischen Entscheidungen – z.B. die Öffnung Chinas für Investitionen aus dem Ausland, die Privatisierung von kleinen und mittleren Industrieunternehmen –, die die kollektivierte Wirtschaft unterminiert und China an den Rand einer kapitalistischen Restauration gebracht haben.

Fortgesetzt auf Seite 28

**Stoppt kapitalistische Restauration
durch proletarisch-politische Revolution!**